

Bundesgesetzblatt³⁰²¹

Teil I

G 5702

2007

Ausgegeben zu Bonn am 22. Dezember 2007

Nr. 67

Tag	Inhalt	Seite
18.12.2007	Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ und zur Entfristung des Kinderzuschlags FNA: neu: 860-8-2; 85-4 GESTA: D062	3022
19.12.2007	Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze FNA: neu: 827-17; 860-4-1, 860-1, 860-2, 860-3, 860-5, 860-11, 860-5, 860-5-12, 860-6, 860-7, 860-10-1, 827-11, 824-2, 8251-10, 312-9-1, 810-36, 860-9-2, 826-30-2, 7100-1, 860-9-2-1, 860-4-1-15, 600-1-3-14, 860-4-1-12, 860-4-1-2, 860-4-1-16, 860-4-1-9, 822-3-1 GESTA: G043	3024
13.12.2007	Erste Verordnung zur Änderung der Signatarebenennungsverordnung FNA: 9020-11-1	3038
17.12.2007	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aufteilung der Erhöhung der Obergrenze auf die Regionen sowie über Daten für die Festsetzung des betriebsindividuellen Zuckergrundbetrags und der zusätzlichen betriebsindividuellen Zuckerbeträge nach dem Betriebsprämien durchführungsgesetz FNA: 7847-26-3	3039
19.12.2007	Verordnung über die Mindestnettoeträge nach dem Altersteilzeitgesetz (Mindestnettoetrags-Verordnung) FNA: neu: 810-36-1-1; 810-36-10	3040
19.12.2007	Verordnung über die pauschalierten Nettoentgelte für das Kurzarbeitergeld für das Jahr 2008 FNA: neu: 860-3-26-4	3066
20.12.2007	Verordnung über die für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz geltenden Voraussetzungen für die Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks (EU/EWR-Handwerk-Verordnung – EU/EWR HwV) FNA: neu: 7110-1-7; 7110-1-3	3075
20.12.2007	Vierte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung FNA: 2121-51-44	3079
20.12.2007	Verordnung für ein Register über Einrichtungen, die Blutstammzellzubereitungen herstellen und in den Verkehr bringen oder einführen (Blutstammzeleinrichtungen-Registerverordnung – BERV) FNA: neu: 2121-52-2	3081
20.12.2007	Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung (16. RSA-ÄndV) FNA: 860-5-12	3083

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ und zur Entfristung des Kinderzuschlags

Vom 18. Dezember 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Gesetz
zur Errichtung eines
Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“
(Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz – KBFG)**

§ 1

Errichtung des Sondervermögens

Es wird ein Sondervermögen des Bundes „Kinderbetreuungsausbau“ errichtet.

§ 2

Zweck des Sondervermögens

Aus dem Sondervermögen sollen Investitionen zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gefördert werden. Das Nähere wird durch eine Regelung nach Artikel 104b des Grundgesetzes bestimmt.

§ 3

Stellung im Rechtsverkehr

(1) Das Sondervermögen ist nicht rechtsfähig. Es kann unter seinem Namen im Rechtsverkehr handeln, klagen und verklagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Sondervermögens ist der Sitz der Bundesregierung. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verwaltet das Sondervermögen. Es kann sich hierzu im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen einer anderen Bundesbehörde oder eines Dritten bedienen.

(2) Das Sondervermögen ist von dem übrigen Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten zu trennen. Der Bund haftet nicht für die Verbindlichkeiten des Sondervermögens.

§ 4

Finanzierung

Der Bund stellt dem Sondervermögen im Jahr 2007 einen einmaligen Betrag in Höhe von 2,15 Milliarden Euro zur Verfügung.

§ 5

Wirtschaftsplan, Haushaltsrecht

Alle Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens werden in einem Wirtschaftsplan veranschlagt, der dem Einzelplan 17 des Bundeshaushalts als Anlage beizufügen ist. Der Wirtschaftsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Der dem Sondervermögen zur Verfügung gestellte Betrag verbleibt bis zur Auszahlung unverzinslich im Kassenbereich des Bundes und wird bedarfsgerecht über das Sondervermögen ausgezahlt. Eine Kreditaufnahme durch das Sondervermögen ist nicht zulässig. Im Übrigen ist § 113 der Bundeshaushaltsordnung anzuwenden.

§ 6

Jahresrechnung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt die Jahresrechnung für das Sondervermögen auf und übermittelt sie an das Bundesministerium der Finanzen. Sie ist als Anhang der Haushaltsrechnung des Bundes beizufügen.

§ 7

Verwaltungskosten

Die Kosten für die Verwaltung des Sondervermögens trägt der Bund.

§ 8

Auflösung

Das Sondervermögen ist nach Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben, spätestens mit Ablauf des Jahres 2015 aufzulösen. Ein verbleibendes Vermögen fällt dem Bund zu. Die Einzelheiten der Abwicklung des Sondervermögens nach seiner Auflösung bestimmt die Bundesregierung in einer Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf. In der Rechtsverordnung ist auch das Datum der Auflösung bekannt zu geben.

Artikel 2
Änderung
des Bundeskindergeldgesetzes

§ 6a Abs. 2 Satz 3 des Bundeskindergeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2007 (BGBl. I S. 1450) wird aufgehoben.

Artikel 3
Inkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am 31. Dezember 2007 in Kraft.

(2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 18. Dezember 2007

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ursula von der Leyen

Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Vom 19. Dezember 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (860-4-1)

Das Vierte Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2006 (BGBl. I S. 86, 466), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2984), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 7b wird wie folgt gefasst:
„§ 7b Insolvenzschutz“.
 - b) Die Angaben zu den §§ 7c und 7d werden aufgehoben.
 - c) Nach der Angabe zu § 18g wird folgende Angabe eingefügt:

„Sechster Titel
Sozialversicherungsausweis
§ 18h Ausstellung, Pflicht zur Vorlage und Mitführung des Sozialversicherungsausweises“.
 - d) Die Angaben zum Sechsten Abschnitt werden aufgehoben.
 - e) Die Angabe zu § 115a wird wie folgt gefasst:
„§ 115a (aufgehoben)“.
 - f) Die Angabe zu § 118 wird wie folgt gefasst:
„§ 118 (aufgehoben)“.
 - g) Die Angabe zu § 119 wird wie folgt gefasst:
„§ 119 (aufgehoben)“.
2. In § 1 Abs. 2 werden die Wörter „Die Vorschriften des Sechsten Abschnitts gelten auch“ durch die Angabe „§ 18h gilt auch“ ersetzt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 Satz 2 wird nach dem Wort „Krankengeld,“ das Wort „Krankentagegeld,“ eingefügt.
 - b) Absatz 4 wird aufgehoben.
4. Die §§ 7b und 7c werden aufgehoben.
5. Der bisherige § 7d wird § 7b.

6. In § 12 Abs. 5 Satz 1 wird die Angabe „§ 1 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 1 Abs. 2 Satz 1“ ersetzt.
- 6a. In § 14 Abs. 1 Satz 3 wird nach der Angabe „§ 3 Nr. 26“ die Angabe „und 26a“ eingefügt.
7. In § 18 Abs. 2 wird jeweils das Wort „Sozialgesetzbuch“ gestrichen.
8. § 18a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 und 2 wird jeweils die Angabe „Absatzes 1 Nr. 1“ durch die Angabe „Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Absatzes 1 Nr. 2“ durch die Angabe „Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Insolvenzgeld“ die Wörter „ , das Krankentagegeld“ eingefügt.
 - c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Buchstabe a wird das Komma am Ende durch ein Semikolon ersetzt und es werden folgende Wörter angefügt:
„Einnahmen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 des Einkommensteuergesetzes in der ab dem 1. Januar 2005 geltenden Fassung sind auch bei einer nur teilweisen Steuerpflicht jeweils die vollen Unterschiedsbeträge zwischen den Versicherungsleistungen einerseits und den auf sie entrichteten Beiträgen oder den Anschaffungskosten bei entgeltlichem Erwerb des Anspruchs auf die Versicherungsleistung andererseits,“.
 - bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst:
 - „b) Einnahmen aus Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe cc und dd des Einkommensteuergesetzes in der am 1. Januar 2004 geltenden Fassung, wenn die Laufzeit dieser Versicherungen vor dem 1. Januar 2005 begonnen hat und ein Versicherungsbeitrag bis zum 31. Dezember 2004 entrichtet wurde, es sei denn, sie werden wegen Todes

geleistet; zu den Einnahmen gehören außerrechnungsmäßige und rechnungsmäßige Zinsen aus den Sparanteilen, die in den Beiträgen zu diesen Versicherungen enthalten sind, im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 6 des Einkommensteuergesetzes in der am 21. September 2002 geltenden Fassung.“

ccc) Buchstabe c wird aufgehoben.

ddd) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Bei der Ermittlung der Einnahmen ist als Werbungskostenpauschale der Sparer-Pauschbetrag abzuziehen.“

bb) In Nummer 3 wird die Angabe „512“ durch die Angabe „600“ ersetzt.

9. § 18b Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird im Satzteil nach Buchstabe b die Angabe „§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a des Altersteilzeitgesetzes“ durch die Angabe „§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a des Altersteilzeitgesetzes“ ersetzt.

b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Halbeinkünfteverfahren“ die Wörter „oder des Teileinkünfteverfahrens“ eingefügt.

c) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. bei Vermögenseinkommen um 25 vom Hundert; bei steuerfreien Einnahmen nach dem Halbeinkünfteverfahren um 5 vom Hundert; bei Besteuerung nach dem gesonderten Steuertarif für Einkünfte aus Kapitalvermögen um 30 vom Hundert; Einnahmen aus Versicherungen nach § 18a Abs. 4 Nr. 1 werden nur gekürzt, soweit es sich um steuerpflichtige Kapitalerträge handelt.“

10. Dem § 18c wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Bezieher von Vermögenseinkommen können verlangen, dass ihnen die Kapitalerträge nach § 20 des Einkommensteuergesetzes auszahlende Stelle eine Bescheinigung über die von ihr im letzten Kalenderjahr gezahlten Erträge ausstellt.“

11. In § 18e wird nach Absatz 3 folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Bezieher von Vermögenseinkommen haben auf Verlangen des Versicherungsträgers ihr im letzten Kalenderjahr erzielt Einkommen mitzuteilen. Für Bezieher von Kapitalerträgen nach § 20 des Einkommensteuergesetzes haben die auszahlenden Stellen eine Bescheinigung über die von ihr gezahlten Erträge auszustellen.“

12. Nach § 18g wird folgender Sechster Titel eingefügt:

„Sechster Titel

Sozialversicherungsausweis

§ 18h

Ausstellung, Pflicht zur Vorlage und Mitführung des Sozialversicherungsausweises

(1) Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung stellt für Personen, für die sie eine Versi-

cherungsnummer vergibt, einen Sozialversicherungsausweis aus.

(2) Der Sozialversicherungsausweis enthält folgende Angaben über die Inhaberin oder den Inhaber:

1. die Versicherungsnummer,
2. den Familiennamen und den Geburtsnamen,
3. den Vornamen sowie
4. in den Fällen, in denen Beschäftigte nach Absatz 6 zur Mitführung des Sozialversicherungsausweises verpflichtet sind, ein Lichtbild.

Weitere personenbezogene Daten darf der Ausweis nicht enthalten. Die Gestaltung des Sozialversicherungsausweises im Übrigen legt die Deutsche Rentenversicherung Bund in Grundsätzen fest, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu genehmigen und im Bundesanzeiger zu veröffentlichen sind; das Bundesministerium der Finanzen ist anzuhören.

(3) Beschäftigte sind verpflichtet, den Sozialversicherungsausweis bei Beginn einer Beschäftigung dem Arbeitgeber vorzulegen. Kann der Beschäftigte dies nicht zum Zeitpunkt des Beschäftigungsbeginns, so hat er dies unverzüglich nachzuholen.

(4) Die Inhaberin oder der Inhaber ist verpflichtet, der zuständigen Einzugsstelle (§ 28i) den Verlust des Sozialversicherungsausweises oder sein Wiederauffinden unverzüglich anzuzeigen. Ein neuer Sozialversicherungsausweis wird ausgestellt

1. auf Antrag bei der zuständigen Einzugsstelle, wenn der Sozialversicherungsausweis zerstört worden, abhanden gekommen oder unbrauchbar geworden ist,
2. von Amts wegen, wenn sich die Versicherungsnummer, der Familienname oder der Vorname geändert hat.

Eine Person darf nur einen auf ihren Namen ausgestellten Sozialversicherungsausweis besitzen; unbrauchbare und weitere Sozialversicherungsausweise sind zurückzugeben.

(5) Der Sozialversicherungsausweis darf nicht zum automatisierten Abruf personenbezogener Daten verwendet werden, soweit dies nicht zur Aufdeckung von illegalen Beschäftigungsverhältnissen, Schwarzarbeit oder von Leistungsmissbrauch erforderlich ist. In diesen Fällen dürfen die Bundesagentur für Arbeit, die Behörden der Zollverwaltung, die Einzugsstellen und die Träger der Rentenversicherung den Sozialversicherungsausweis verwenden zum automatisierten Abruf von Daten

1. aus den Meldungen nach § 28a,
2. über den Bezug von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und
3. über erteilte Aufenthaltstitel.

Ergeben sich keine Anhaltspunkte für eine illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit oder Leistungsmissbrauch, sind die abgerufenen Daten unverzüglich zu löschen.

(6) Beschäftigte sind verpflichtet, in folgenden Wirtschaftsbereichen oder Wirtschaftszweigen den Sozialversicherungsausweis bei Ausübung einer Beschäftigung mitzuführen:

1. im Baugewerbe,
2. im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe,
3. im Personen- und Güterbeförderungsgewerbe,
4. im Schaustellergewerbe,
5. bei Unternehmen der Forstwirtschaft,
6. im Gebäudereinigungsgewerbe,
7. bei Unternehmen, die sich am Auf- und Abbau von Messen und Ausstellungen beteiligen.

Dies gilt auch für nicht im Güterbeförderungsgewerbe mit Ausnahme des Werkverkehrs im Sinne des Güterkraftverkehrsgesetzes beschäftigte Personen, die an der Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen einschließlich des Be- und Entladens von Gütern beteiligt sind, es sei denn, diese Personen werden auf Grundstücken im Besitz ihres Arbeitgebers tätig. Sind Unternehmen außer den in Satz 1 genannten Wirtschaftsbereichen und -zweigen auch in anderen Wirtschaftsbereichen oder -zweigen tätig, beschränkt sich die Mitführungspflicht auf die Beschäftigten, die in den in den Sätzen 1 und 2 genannten Bereichen tätig sind, wenn diese Bereiche von den übrigen Bereichen räumlich erkennbar abgegrenzt sind. Der Arbeitgeber hat die Beschäftigten auf die Mitführungspflicht hinzuweisen.

(7) Die Behörden, die Aufgaben nach § 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu erfüllen haben, prüfen die Erfüllung der Pflichten nach den Absätzen 3 und 6. Polizeivollzugsbehörden der Länder, die Behörden nach Satz 1 auf Ersuchen im Einzelfall unterstützen, sind zu Prüfungen nach Absatz 5 und 6 befugt. Das Bundesamt für Güterverkehr prüft die Erfüllung der Mitführungspflicht nach Absatz 6. Die Behörden nach Satz 1, die Polizeivollzugsbehörden der Länder, Arbeitgeber und Dritte haben die Rechte und Pflichten nach den §§ 3 bis 6 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes. Beschäftigte sind verpflichtet, den in den Sätzen 1 bis 3 genannten Behörden den Sozialversicherungsausweis auf Verlangen vorzulegen.

(8) Für Beschäftigte, die im Rahmen eines außerhalb des Geltungsbereiches dieses Buches bestehenden Beschäftigungsverhältnisses in den Geltungsbereich dieses Buches entsandt worden sind, gilt Absatz 6 mit der Maßgabe, dass sie verpflichtet sind, statt des Sozialversicherungsausweises den Aufenthaltstitel oder die Bescheinigung E 101 (§ 150 Abs. 3 Satz 1 des Sechsten Buches) mitzuführen. Absatz 7 gilt entsprechend.“

13. § 23c wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „oder Mutterchaftsgeld oder während einer Elternzeit“ durch die Wörter „ , Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld oder Elterngeld“ und das Wort „soweit“ durch das Wort „wenn“ ersetzt und nach der Angabe „(§ 47 des Fünf-

ten Buches) nicht“ die Wörter „um mehr als 50 Euro“ eingefügt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Zur Berechnung des Nettoarbeitsentgelts bei freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung ist der um den Beitragszuschuss für Beschäftigte verminderte Beitrag des Versicherten zur Kranken- und Pflegeversicherung abzuziehen; dies gilt entsprechend für Personen und für ihre nicht selbstversicherten Angehörigen, die bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind einschließlich der Versicherung für das Krankentagegeld.“

cc) Folgender Satz wird angefügt:

„Für Beschäftigte, die nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Sechsten Buches von der Versicherungspflicht befreit sind und Pflichtbeiträge an eine berufsständische Versorgungseinrichtung entrichten, sind bei der Ermittlung des Nettoentgeltes die um den Arbeitgeberanteil nach § 172 Abs. 2 des Sechsten Buches verminderten Pflichtbeiträge des Beschäftigten entsprechend abzuziehen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 werden das Wort „kann“ durch das Wort „hat“ ersetzt und nach dem Wort „Ausfüllhilfen“ das Wort „zu“ eingefügt.

- bb) In Satz 3 werden nach den Wörtern „die Deutsche Rentenversicherung Bund“ die Wörter „ , die Bundesagentur für Arbeit“ eingefügt.

c) In Absatz 3 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn Krankenkassen auf Antrag des Arbeitgebers Mitteilungen über auf den Anspruch auf Entgeltfortzahlung anrechenbare Zeiten der Arbeitsunfähigkeit der Beschäftigten oder für Anträge nach Absatz 2 Satz 1 die Krankenversicherungsnummer übermitteln.“

14. Dem § 26 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Gleiches gilt für zu Unrecht entrichtete Beiträge nach Ablauf der in § 27 Abs. 2 Satz 1 bestimmten Frist.“

15. § 28a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Im einleitenden Satzteil werden nach den Wörtern „Der Arbeitgeber“ die Wörter „oder ein anderer Meldepflichtiger“ eingefügt und die Wörter „versicherten Beschäftigten“ durch das Wort „Versicherten“ ersetzt.

bb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. bei Eintritt eines Insolvenzeignisses,“.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „für jeden Beschäftigten“ durch die Wörter „für jeden Versicherten“ ersetzt.

- bb) In Satz 2 Nr. 1 Buchstabe d werden das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Lebenspartner“ die Wörter „oder Abkömmling“ eingefügt.
- c) In Absatz 5 werden die Wörter „Der Arbeitgeber hat dem Beschäftigten“ durch die Wörter „Der Meldepflichtige hat der zu meldenden Person“ ersetzt.
- d) Nach Absatz 9 werden folgende Absätze 10 und 11 angefügt:
- „(10) Der Arbeitgeber hat für Beschäftigte, die nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 des Sechsten Buches von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit und Mitglied einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind, die Meldungen nach den Absätzen 1, 2 und 9 zusätzlich an die Annahmestelle der berufsständischen Versorgungseinrichtungen zu erstatten. Die Datenübermittlung hat durch gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen oder mittels systemgeprüfter maschinell erstellter Ausfüllhilfen zu erfolgen. Zusätzlich zu den Angaben nach Absatz 3 enthalten die Meldungen die Mitgliedsnummer des Beschäftigten bei der Versorgungseinrichtung. Die Absätze 5 bis 6a gelten entsprechend.
- (11) Der Arbeitgeber hat für Beschäftigte, die nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit und Mitglied einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind, der Annahmestelle der berufsständischen Versorgungseinrichtungen monatliche Meldungen zur Beitragserhebung zu erstatten. Absatz 10 Satz 2 gilt entsprechend. Diese Meldungen enthalten für den Beschäftigten
1. die Mitgliedsnummer bei der Versorgungseinrichtung oder, wenn die Mitgliedsnummer nicht bekannt ist, die Personalnummer beim Arbeitgeber, den Familien- und Vornamen, das Geschlecht und das Geburtsdatum,
 2. den Zeitraum, für den das Arbeitsentgelt gezahlt wird,
 3. das beitragspflichtige ungekürzte laufende Arbeitsentgelt für den Zahlungszeitraum,
 4. das beitragspflichtige ungekürzte einmalig gezahlte Arbeitsentgelt im Monat der Abrechnung,
 5. die Anzahl der Sozialversicherungstage im Zahlungszeitraum,
 6. den Beitrag, der bei Firmenzahlern für das Arbeitsentgelt nach Nummer 3 und 4 anfällt,
 7. die Betriebsnummer der Versorgungseinrichtung,
 8. die Betriebsnummer des Beschäftigungsbetriebes,
 9. den Arbeitgeber,
 10. den Ort der Betriebsstätte,
 11. den Monat der Abrechnung.
- Soweit nicht aus der Entgeltbescheinigung des Beschäftigten zu entnehmen ist, dass die Meldung erfolgt ist und welchen Inhalt sie hatte, gilt Absatz 5.“
16. § 28b wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird dem bisherigen Wortlaut folgender Satz vorangestellt:
- „Die Einzugsstelle nimmt die Meldungen für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung, nach dem Recht der Arbeitsförderung und für die soziale Pflegeversicherung entgegen, soweit durch dieses Gesetzbuch nichts anderes bestimmt ist.“
- b) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 werden nach dem Wort „Beitragsnachweisen“ die Wörter „sowie von Eingangsbestätigungen, Fehlermeldungen und Rückmeldungen der Sozialversicherungsträger an die Arbeitgeber“ eingefügt.
- c) In Absatz 3 werden die Wörter „und die See-Krankenkasse können“ durch das Wort „kann“ ersetzt.
- d) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:
- „(5) Für die Meldungen nach § 28a Abs. 10 und 11 gilt Absatz 1 für die Annahmestelle der berufsständischen Versorgungseinrichtungen entsprechend. Absatz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass auch die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen zu beteiligen ist, soweit Meldungen nach § 28a Abs. 10 und 11 betroffen sind.“
17. § 28e wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Die Zahlung des vom Beschäftigten zu tragenden Teils des Gesamtsozialversicherungsbeitrags gilt als aus dem Vermögen des Beschäftigten erbracht.“
- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
- „(2a) Für die Erfüllung der Zahlungspflicht, die sich für den Arbeitgeber knappschaftlicher Arbeiten im Sinne von § 134 Abs. 4 des Sechsten Buches ergibt, haftet der Arbeitgeber des Bergwerksbetriebes, mit dem die Arbeiten räumlich und betrieblich zusammenhängen, wie ein selbstschuldnerischer Bürge. Der Arbeitgeber des Bergwerksbetriebes kann die Befriedigung verweigern, solange die Einzugsstelle den Arbeitgeber der knappschaftlichen Arbeiten nicht gemahnt hat und die Mahnfrist nicht abgelaufen ist.“
18. § 28f wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „rechtzeitig“ durch die Wörter „zwei Arbeitstage vor Fälligkeit der Beiträge“ und das Wort „einzureichen“ durch die Wörter „zu übermitteln“ ersetzt.

- bb) In Satz 2 wird das Wort „Reicht“ durch das Wort „Übermittelt“, das Wort „rechtzeitig“ durch die Wörter „zwei Arbeitstage vor Fälligkeit der Beiträge“ und das Wort „eingereicht“ durch das Wort „übermittelt“ ersetzt.
- b) In Absatz 5 Satz 2 wird nach dem Wort „Kalendarjahres“ der Satzpunkt durch ein Komma ersetzt und es werden die Wörter „und wenn ein Unternehmen aufgelöst wird.“ eingefügt.
- 18a. In § 28i Satz 4 werden die Wörter „See-Krankenkasse“ durch die Wörter „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ ersetzt.
- 18b. In § 28q Abs. 3 Satz 3 wird nach den Wörtern „Knappschaft-Bahn-See“ das Komma und es werden die Wörter „die See-Krankenkasse“ gestrichen.
- 18c. § 32 wird wie folgt geändert:
- a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- 18d. In § 70 Abs. 2a Satz 2 werden die Wörter „Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung“ durch die Wörter „Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ und die Angabe „1. September“ durch die Angabe „1. Dezember“ ersetzt.
- 18e. In § 71 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „15. Oktober“ durch die Angabe „1. November“ ersetzt.
19. § 79 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1, 2, 4 und 5 werden jeweils die Wörter „Gesundheit und Soziale Sicherung“ durch die Wörter „Arbeit und Soziales“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 letzter Halbsatz werden nach den Wörtern „und an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ die Wörter „sowie an die zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder oder an die von ihnen bestimmten Stellen“ eingefügt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „ , die das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung mit Zustimmung des Bundesrates erlässt“ gestrichen.
- bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Soweit sich die allgemeinen Verwaltungsvorschriften nur an bundesunmittelbare Versicherungsträger richten, werden sie vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erlassen.“
- c) In Absatz 3 werden die Wörter „Gesundheit und Soziale Sicherung“ durch die Wörter „Arbeit und Soziales“ ersetzt.
- d) Absatz 3a wird wie folgt gefasst:
- „(3a) Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung sind die Absätze 1 bis 3 mit den Maßgaben anzuwenden, dass an die Stelle des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales das Bundesministerium für Gesundheit tritt und beim Erlass der allgemeinen Verwaltungsvorschriften nach Absatz 2 Satz 2 auch das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales herzustellen ist. Soweit Bedarf für besondere Nachweise im Bereich der landwirtschaftlichen Krankenversicherung besteht, sind die Absätze 1 bis 3 mit den Maßgaben anzuwenden, dass an die Stelle des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz tritt und beim Erlass der allgemeinen Verwaltungsvorschriften nach Absatz 2 Satz 2 auch das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Gesundheit herzustellen ist.“
- e) Nach Absatz 3a wird folgender Absatz 3b eingefügt:
- „(3b) Soweit Versichertenstatistiken und Statistiken der Sozialgerichtsbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales genutzt werden, sind die Daten auch dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorzulegen.“
20. § 88 Abs. 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Für diese Prüfung gelten ferner folgende Bestimmungen des § 274 des Fünften Buches entsprechend:
1. Absatz 1 Satz 3 über die Übertragung der Prüfung auf eine öffentlich-rechtliche Prüfungseinrichtung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Bundesministeriums für Gesundheit das Bundesministerium für Arbeit und Soziales tritt,
 2. Absatz 2 Satz 1 und 2 über die Kostentragung mit der Maßgabe, dass das Nähere über die Erstattung, einschließlich des Verteilungsmaßstabes und der zu zahlenden Vorschüsse, für die Prüfung der bundesunmittelbaren landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger und der Verbände vom Bundesversicherungsamt und für die Prüfung der landesunmittelbaren landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger von den für die Sozialversicherung zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder geregelt wird.“
21. Dem § 89 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:
- „Die Aufsicht kann die Zwangsmittel für jeden Fall der Nichtbefolgung androhen. § 13 Abs. 6 Satz 2 des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes ist nicht anwendbar.“
22. § 94 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Es untersteht dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung dem Bundesministerium für Gesundheit.“
23. Der Sechste Abschnitt wird aufgehoben.
24. § 110d Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
- „1. die Wiedergabe mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz dessen versehen, der die Wiedergabe auf dem dauerhaften Datenträger hergestellt oder die

Übereinstimmung der Unterlage mit Inhalt und Bild der Wiedergabe unmittelbar nach der Herstellung der Wiedergabe geprüft hat, oder“.

25. § 111 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 1 werden folgende Nummern 1a bis 1d eingefügt:

„1a. entgegen § 18h Abs. 4 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erstattet,

1b. entgegen § 18h Abs. 4 Satz 3 mehr als einen Sozialversicherungsausweis besitzt,

1c. entgegen § 18h Abs. 5 Satz 1 den Sozialversicherungsausweis zum automatischen Abruf personenbezogener Daten verwendet,

1d. entgegen § 18h Abs. 6 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, den Sozialversicherungsausweis nicht mitführt,“.

bb) Die Nummern 5 bis 6 werden aufgehoben.

cc) Die bisherige Nummer 6a wird die Nummer 1f; in ihr wird die Angabe „§ 109 Abs. 2 Satz 9“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 8 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 7 Satz 5“ ersetzt.

dd) Die bisherige Nummer 7 wird die Nummer 1e; in ihr wird die Angabe „§ 107 Satz 4“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7 Satz 4“ ersetzt.

b) In Absatz 4 werden die Angabe „Absatzes 1 Nr. 5a bis 6a“ durch die Angabe „Absatzes 1 Nr. 1a bis 1d und 1f“ und die Angabe „Absatzes 1 Nr. 2 und 7“ durch die Angabe „Absatzes 1 Nr. 1e und 2“ ersetzt.

26. § 112 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 1 und 5“ durch die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 1 und 1c“ ersetzt.

bb) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 6, 6a und 7“ durch die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 1d, 1e und 1f“ ersetzt.

cc) In Nummer 4 wird die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 2, 2a, 4, 5a bis 5c, 8“ durch die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 1a, 1b, 2, 2a, 4, 8“ ersetzt.

dd) In Nummer 4a wird die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 2, 4, 5a bis 5c, 8“ durch die Angabe „§ 111 Abs. 1 Nr. 1a, 1b, 2, 4, 8“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:

„(§ 69 Abs. 2, 3 und 5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten)“.

27. Die §§ 115a, 118 und 119 werden aufgehoben.

Artikel 2

Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

(860-1)

Das Erste Buch Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015), zuletzt geändert durch Artikel 20 Abs. 4 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904), wird wie folgt geändert:

1. In § 17 Abs. 2 Satz 2 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„§ 19 Abs. 2 Satz 4 des Zehnten Buches gilt entsprechend.“

1a. In § 21 Abs. 2 wird nach dem Wort „Innungskrankenkassen“ das Komma und es werden die Wörter „die See-Krankenkasse“ gestrichen.

1b. In § 21b Abs. 2 wird nach dem Wort „Innungskrankenkassen“ das Komma und es werden die Wörter „die See-Krankenkasse“ gestrichen.

2. In § 35 Abs. 1 Satz 4 wird die Angabe „§ 107 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7“ und die Angabe „§ 107 Abs. 1 Satz 2“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7 Satz 3“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

(860-2)

§ 16 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2329) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 5 wird das Komma durch einen Punkt ersetzt.

2. Nummer 6 wird aufgehoben.

Artikel 4

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

(860-3)

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), zuletzt geändert durch Artikel 8 Abs. 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2984), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zum Ersten Unterabschnitt des Dritten Abschnitts des Zehnten Kapitels wie folgt gefasst:

„Erster Unterabschnitt

Winterbeschäftigungs-Umlage“.

2. Im Dritten Abschnitt des Zehnten Kapitels wird die Überschrift des Ersten Unterabschnitts wie folgt gefasst:

„Erster Unterabschnitt
Winterbeschäftigungs-Umlage“.

3. In § 65 Abs. 2 wird das Wort „Sachbezugsverordnung“ durch das Wort „Sozialversicherungsentgeltverordnung“ ersetzt.

- 3a. § 344 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Für Seeleute gilt als beitragspflichtige Einnahme der Betrag, der nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung für die Beitragsberechnung maßgebend ist.“

4. In § 346 wird nach Absatz 1a folgender Absatz 1b eingefügt:

„(1b) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 trägt für Auszubildende, die in einer außerbetrieblichen Einrichtung im Rahmen eines Berufsausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz ausgebildet werden, der Arbeitgeber die Beiträge allein.“

Artikel 5

Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (860-5)

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), zuletzt geändert durch § 22 Abs. 7 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2861), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 2 wird nach dem Wort „Innungskrankenkassen“ das Komma und es werden die Wörter „die See-Krankenkasse“ gestrichen.
2. In § 17 Abs. 3 werden die Wörter „Die See-Krankenkasse“ durch die Wörter „Die zuständige Krankenkasse“ ersetzt.
3. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 Satz 1 wird nach den Wörtern „der Ersatzkassen“ das Komma durch das Wort „und“ ersetzt und es werden die Wörter „und die See-Krankenkasse“ gestrichen.
 - b) Absatz 5 wird aufgehoben.
4. In § 82 Abs. 3 wird nach den Wörtern „Knappschaft-Bahn-See“ das Komma und es werden die Wörter „der See-Krankenkasse“ gestrichen.
5. In § 124 Abs. 5 Satz 1 wird nach dem Wort „Krankenkassen“ das Komma durch das Wort „und“ ersetzt und es werden die Wörter „sowie der See-Krankenkasse“ gestrichen.
6. Dem § 165 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Auf Beschluss ihrer Vertreterversammlungen können die See-Krankenkasse und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See vereinbaren, dass die See-Krankenkasse und die See-Pflegekasse aufgelöst und in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliedert werden. Die Vereinbarung, die auch ein Konzept zur Organisations-, Personal- und Finanz-

struktur nach der Eingliederung umfasst, bedarf der Genehmigung der vor der Eingliederung zuständigen Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesministerium der Finanzen.“

7. Der Vierte Titel des Ersten Abschnitts des Sechsten Kapitels wird aufgehoben.

8. In § 171a Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Vierten“ durch das Wort „Dritten“ ersetzt.

9. In § 173 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4a werden die Wörter „und die See-Krankenkasse“ gestrichen.

10. § 202 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 angefügt:

„(2) Die Zahlstelle kann der zuständigen Krankenkasse die Meldung durch gesicherte und verschlüsselte Datenübertragung aus systemgeprüften Programmen oder mittels maschineller Ausföüllhilfen erstatten. Den Aufbau des Datensatzes, notwendige Schlüsselzahlen und Angaben legt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen in Grundsätzen fest, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit zu genehmigen sind; die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist anzuhören.

(3) Übermittelt die Zahlstelle die Meldungen nach Absatz 2, so hat die Krankenkasse alle Angaben gegenüber der Zahlstelle durch Datenübertragung zu erstatten. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

- c) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „kann“ durch das Wort „hat“ ersetzt.

11. § 213 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird nach den Wörtern „Knappschaft-Bahn-See“ das Komma durch das Wort „und“ ersetzt und es werden die Wörter „und die See-Krankenkasse“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „einschließlich der See-Krankenkasse“ gestrichen.

12. § 217c Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 Nr. 5 werden die Wörter „die See-Krankenkasse,“ gestrichen.
- b) In Satz 2 Nr. 5 werden die Wörter „der See-Krankenkasse,“ gestrichen.

13. In § 217g Abs. 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „Knappschaft-Bahn-See“ das Komma und die Wörter „der See-Krankenkasse“ gestrichen.

14. § 233 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Für Seeleute gilt als beitragspflichtige Einnahme der Betrag, der nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung für die Beitragsberechnung maßgebend ist.“

- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

15. § 283 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Aufgaben des Medizinischen Dienstes nimmt für die Krankenversicherung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See deren Sozialmedizinischer Dienst wahr.“

Artikel 5a

Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch (860-11)

Dem § 46 Abs. 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch Artikel 8 Abs. 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2984) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der Krankenversicherung führt die Pflegeversicherung für die Versicherten durch.“

Artikel 5b

Änderung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes

Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 Nr. 27a wird aufgehoben.

2. Artikel 46 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 10 wird wie folgt geändert:

aa) Nach der Angabe „Artikel 2 Nr. 01“ wird die Angabe „Buchstabe b“ eingefügt.

bb) Die Angaben „Nr. 136a,“ und „Nr. 27b,“ und „Artikel 40,“ werden gestrichen.

b) Nach Absatz 10 wird folgender Absatz 10a eingefügt:

„(10a) Artikel 1 Nr. 136a, Artikel 2 Nr. 01 Buchstabe a und Nr. 27b sowie Artikel 40 treten in Kraft, wenn die Genehmigung der Vereinbarung nach § 165 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch bestandskräftig geworden ist, spätestens am 1. Januar 2009. Das Bundesministerium für Gesundheit gibt den Zeitpunkt des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.“

Artikel 5c

Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung (860-5-12)

In § 1 Abs. 3 der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung vom 3. Januar 1994 (BGBl. I S. 55), die zuletzt durch die Verordnung vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2495) geändert worden ist, werden die Wörter „die See-Krankenkasse,“ gestrichen und nach dem Wort „Krankenversicherung“ die Wörter „sowie der See-Krankenversicherung“ eingefügt.

Artikel 6

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (860-6)

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), zuletzt geändert durch Artikel 20 Abs. 6 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2904), wird wie folgt geändert:

1. In § 109 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „54. Lebensjahres“ durch die Angabe „55. Lebensjahres“ ersetzt.

2. Dem § 113 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt: „Satz 1 gilt nicht bei Hinterbliebenenrenten, wenn der verstorbene Versicherte die Staatsangehörigkeit eines Staates hatte, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist.“

3. Dem § 114 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt auch bei Hinterbliebenenrenten und Absatz 2 gilt auch bei Waisenrenten, wenn der verstorbene Versicherte die Staatsangehörigkeit eines Staates hatte, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist.“

4. In § 115 Abs. 3 Satz 2 werden die Wörter „zur Vollendung“ durch die Wörter „zum Erreichen“ ersetzt.

5. In § 118 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Konto“ die Wörter „im Inland“ eingefügt.

6. § 120c Abs. 5 Satz 2 wird aufgehoben.

7. § 134 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Knappschaftliche Arbeiten sind nachstehende Arbeiten, wenn sie räumlich und betrieblich mit einem Bergwerksbetrieb zusammenhängen, aber von einem anderen Unternehmer ausgeführt werden:

1. alle Arbeiten unter Tage mit Ausnahme von vorübergehenden Montagearbeiten,
2. Abraumarbeiten zum Aufschließen der Lagerstätte,
3. die Gewinnung oder das Verladen von Versatzmaterial innerhalb des Zechengeländes in Betrieb befindlicher Werke mit Ausnahme der Arbeiten an Baggern,
4. das Umarbeiten (Aufbereiten) von Bergeshalden (Erzgruben) innerhalb des Zechengeländes in Betrieb befindlicher Werke,
5. laufende Unterhaltungsarbeiten an Grubenbahnen sowie Grubenanschlussbahnen innerhalb des Zechengeländes,
6. das Rangieren der Wagen auf den Grubenanlagen,
7. Arbeiten in den zur Zeche gehörenden Reparaturwerkstätten,
8. Arbeiten auf den Zechenholzplätzen, die nur dem Betrieb von Zechen dienen, soweit das Holz in das Eigentum der Zeche übergegangen ist,

9. Arbeiten in den Lampenstuben,
10. das Stapeln des Geförderten, das Verladen von gestürzten Produkten, das Aufhalten und das Abhalten von Produkten, von Bergen und von sonstigen Abfällen innerhalb des Zechengeländes,
11. Sanierungsarbeiten wie beispielsweise Aufräumarbeiten und Ebnungsarbeiten sowie das Laden von Schutt und dergleichen, wenn diese Arbeiten regelmäßig innerhalb des Zechengeländes ausgeführt werden.“
- b) Nach Absatz 4 werden folgende Absätze 5 und 6 angefügt:
- „(5) Knappschaftliche Arbeiten stehen für die knappschaftliche Versicherung einem knappschaftlichen Betrieb gleich.
- (6) Montagearbeiten unter Tage sind knappschaftliche Arbeiten im Sinne von Absatz 4 Nr. 1, wenn sie die Dauer von drei Monaten überschreiten.“
8. In § 150 Abs. 5 Satz 1 wird die Angabe „§ 107“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7“ ersetzt.
- 8a. § 163 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Für Seeleute gilt als beitragspflichtige Einnahme der Betrag, der nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung für die Beitragsberechnung maßgebend ist.“
- b) Die Sätze 2, 3 und 5 werden aufgehoben.
9. Dem § 179 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:
- „Die zuständigen Stellen, die Erstattungen des Bundes nach Satz 1 oder 3 durchführen, können auch nach erfolgter Erstattung bei den davon umfassten Einrichtungen, Integrationsprojekten oder bei deren Trägern die Voraussetzungen der Erstattung prüfen. Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, haben die von der Erstattung umfassten Einrichtungen, Integrationsprojekte oder deren Träger den zuständigen Stellen auf Verlangen über alle Tatsachen Auskunft zu erteilen, die für die Prüfung der Voraussetzungen der Erstattung erforderlich sind. Sie haben auf Verlangen die Geschäftsbücher, Listen oder andere Unterlagen, aus denen die Angaben über die der Erstattung zu Grunde liegende Beschäftigung hervorgehen, während der Betriebszeit nach ihrer Wahl entweder in ihren eigenen Geschäftsräumen oder denen der zuständigen Stelle zur Einsicht vorzulegen. Das Wahlrecht nach Satz 6 entfällt, wenn besondere Gründe eine Prüfung in den Geschäftsräumen der Einrichtungen, Integrationsprojekte oder deren Trägern gerechtfertigt erscheinen lassen.“
10. § 180 wird wie folgt gefasst:
- „§ 180
- Verordnungsermächtigung
- Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nä-

here über die Erstattung von Beiträgen für behinderte Menschen, die Zahlung von Vorschüssen sowie die Prüfung der Voraussetzungen der Erstattungen bei den Einrichtungen, Integrationsprojekten und bei deren Trägern einschließlich deren Mitwirkung gemäß § 179 Abs. 1 zu regeln.“

11. Dem § 184 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:
- „§ 24 des Vierten Buches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Säumnis drei Monate nach Eintritt der Fälligkeit beginnt und für die Ermittlung des rückständigen Betrages die zu diesem Zeitpunkt geltenden Rechengrößen anzuwenden sind. Sind die Beiträge vor dem 1. Oktober 1994 fällig geworden, beginnt die Säumnis am 1. Januar 1995; für die Berechnung des rückständigen Betrages sind die zu diesem Zeitpunkt geltenden Rechengrößen anzuwenden.“
12. In § 193 werden nach dem Wort „Krankenkasse“ die Wörter „ , die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ eingefügt.
13. Dem § 272 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Satz 1 gilt auch bei Hinterbliebenenrenten, wenn der verstorbene Versicherte die Staatsangehörigkeit eines Staates hatte, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist.“
14. § 291 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:
- „Die Träger der Rentenversicherung erhalten aus dem Bundeshaushalt des Jahres 2007 eine abschließende Einmalzahlung in Höhe von 1,1 Millionen Euro, mit der die Aufwendungen pauschal abgefunden werden, die ihnen ab dem 1. Januar 2007 für Kinderzuschüsse zu Renten nach § 270 entstehen.“
15. Dem § 317 Abs. 2a wird folgender Satz angefügt:
- „Satz 2 gilt auch bei Hinterbliebenenrenten, wenn der verstorbene Versicherte die Staatsangehörigkeit eines Staates hatte, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist.“

Artikel 6a

Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (860-7)

§ 169 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2984) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 169

Beitragseinzug bei der See-Berufsgenossenschaft

Die Satzung der See-Berufsgenossenschaft kann bestimmen, dass die Beiträge der in § 13 Abs. 1 Satz 2 des Vierten Buches genannten Seeleute von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See einbezogen werden; die Satzung kann das Verfahren regeln.“

Artikel 7
Änderung des
Zehnten Buches Sozialgesetzbuch
(860-10-1)

In § 67e Satz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 263 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 107“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7“ ersetzt.

Artikel 7a
Änderung des
Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes Saar
(827-11)

In § 3 Abs. 1 des Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes Saar in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 827-11, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 60 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3242) geändert worden ist, werden die Wörter „ , der Bundespost-Betriebskrankenkasse,“ durch das Wort „und“ ersetzt und die Wörter „und der See-Krankenkasse“ gestrichen.

Artikel 8
Änderung
des Fremdrentengesetzes
(824-2)

Das Fremdrentengesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 824-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 141 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1869), wird wie folgt geändert:

1. In der Anlage 5 wird in der Spalte „Arbeiter außerhalb der Land- und Forstwirtschaft der Leistungsgruppe“ in der Leistungsgruppe 1 für das Jahr 1963 die Angabe „8 946“ durch die Angabe „8 964“ ersetzt.
2. In der Anlage 9 wird in der Spalte „Angestellte der Leistungsgruppe“ in der Leistungsgruppe 4 für das Jahr 1975 die Angabe „20 382“ durch die Angabe „20 832“ ersetzt.
3. In der Anlage 11 wird in der Spalte „Angestellte der Leistungsgruppe“ in der Leistungsgruppe 2 für das Jahr 1962 die Angabe „11 400“ durch die Angabe „11 040“ ersetzt.
4. Anlage 15 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Tabellenkopf wird wie folgt gefasst:

„

Durchschnittliche Bruttojahresentgelte in der knappschaftlichen Rentenversicherung in RM/DM – Angestellte –													
Jahr	Technische Angestellte der Leistungsgruppe								Kaufmännische Angestellte der Leistungsgruppe				
	unter Tage				über Tage								
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4	5

“

- b) Für Technische Angestellte der Leistungsgruppe 1, über Tage, wird für das Jahr 1953 der Wert „11 640“ durch den Wert „12 000“ ersetzt.
- c) Für Technische Angestellte der Leistungsgruppe 4, über Tage, wird für das Jahr 1961 der Wert „9 878“ durch den Wert „9 876“ ersetzt.
- d) Für Technische Angestellte der Leistungsgruppe 4, über Tage, wird für das Jahr 1967 der Wert „14 764“ durch den Wert „13 764“ ersetzt.
- e) Für Technische Angestellte der Leistungsgruppe 3, über Tage, wird für das Jahr 1970 der Wert „20 940“ durch den Wert „20 904“ ersetzt.

Artikel 9
Änderung des Gesetzes
über die Alterssicherung der Landwirte
(8251-10)

Das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2984), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Antrag auf Befreiung kann im Falle der Erfüllung einer neuen Befreiungsvoraussetzung nach einer anderen Nummer des Absatzes 1 mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden; der Widerruf ist nur innerhalb von drei Monaten nach Erfüllung der neuen Befreiungsvoraussetzung möglich.“

- 1a. In § 8 Abs. 2 werden der Schlusspunkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„§ 17 Abs. 1 Satz 2 ist hierbei nicht anzuwenden.“

2. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 8 wird folgender Satz angefügt:

„Wird ein Unternehmen der Landwirtschaft von mehreren Unternehmern gemeinsam betrieben, sind die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllt, wenn der Unternehmer aus der Unternehmensführung ausgeschieden ist, er keine Vertretungsmacht für das Unternehmen mehr hat und er nicht nach § 1 Abs. 2 Satz 2 versicherungspflichtig ist.“

- b) Absatz 9 Satz 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

„2. der übernehmende Ehegatte ein Lebensalter erreicht hat, ab dem er eine Altersrente vorzeitig nach § 12 Abs. 1 in Anspruch nehmen kann.“

- 2a. In § 36 Abs. 1 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:

„Eine Leistung nach Satz 1 und 2 ist auch ausgeschlossen, wenn sie von einem Träger der Sozialversicherung nur deshalb nicht erbracht wird, weil der Anspruch auf Leistungen nach § 8 Abs. 2a des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte oder nach § 16 Abs. 3a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ruht.“

3. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Dies gilt nicht, wenn der Berechtigte die Staatsangehörigkeit eines Staates hat, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist, sowie bei Hinterbliebenenrenten, wenn der verstorbene Versicherte die Staatsangehörigkeit eines Staates hatte, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist.“

- b) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt nicht bei Hinterbliebenenrenten, wenn der verstorbene Versicherte die Staatsangehörigkeit eines Staates hatte, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 anzuwenden ist.“

4. Dem § 44 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Hängt der Anspruch auf eine Rente auch davon ab, dass eine Erwerbsminderung vorliegt, haben die landwirtschaftlichen Alterskassen vor Abgabe des Unternehmens der Landwirtschaft zu prüfen, ob die übrigen Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt sind, und für den Fall, dass von diesen nur das Vorliegen von Erwerbsminderung verneint wird, hierüber eine Entscheidung zu treffen.“

Artikel 10 Änderung des Strafvollzugsgesetzes (312-9-1)

In § 50 Abs. 2 Satz 1 des Strafvollzugsgesetzes vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581, 2088, 1977 I S. 436), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 11 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 17 Abs. 1 Nr. 3 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch“ durch die Angabe „§ 17 Abs. 1 Nr. 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

Artikel 11 Änderung des Altersteilzeitgesetzes (810-36)

§ 3 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a werden nach den Wörtern „einen bei einer Agentur für Arbeit arbeitslos ge-

meldeten Arbeitnehmer“ die Wörter „ , einen Bezieher von Arbeitslosengeld II“ eingefügt.

2. Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 12 Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes (860-9-2)

In § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 und § 11 Abs. 1 Satz 2 des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1468), das zuletzt durch Artikel 262 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „Das Bundesministerium des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales“ durch die Wörter „Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestimmt“ ersetzt.

Artikel 13 Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (826-30-2)

Dem § 15 Abs. 2 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606, 1677), das zuletzt durch Artikel 244 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Der von den Ländern im Beitrittsgebiet an den Bund zu erstattende Anteil an den Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme nach Anlage 1 Nr. 1 bis 22 verringert sich auf 64 vom Hundert im Jahre 2008, auf 62 vom Hundert im Jahre 2009 und auf 60 vom Hundert ab dem Jahre 2010.“

Artikel 14 Änderung der Gewerbeordnung (7100-1)

Dem § 108 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) geändert worden ist, wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, das Nähere zum Inhalt und Verfahren einer Entgeltbescheinigung, die zu Zwecken nach dem Sozialgesetzbuch verwendet werden kann, durch Rechtsverordnung zu bestimmen. Der Arbeitnehmer kann vom Arbeitgeber zu anderen Zwecken eine weitere Entgeltbescheinigung verlangen, die sich auf die Angaben nach Absatz 1 beschränkt.“

Artikel 15 Änderung der Kommunikationshilfenverordnung (860-9-2-1)

In § 5 Abs. 1 Satz 1 der Kommunikationshilfenverordnung vom 17. Juli 2002 (BGBl. I S. 2650) werden die Wörter „Gesetzes über die Entschädigung von Zeu-

gen und Sachverständigen“ durch die Wörter „Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes“ ersetzt.

Artikel 16 Änderung der Beitragsverfahrensverordnung (860-4-1-15)

Die Beitragsverfahrensverordnung vom 3. Mai 2006 (BGBl. I S. 1138), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Juni 2007 (BGBl. I S. 1034), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 9 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Entgeltunterlagen können auf maschinell verwertbaren Datenträgern geführt werden. § 8 gilt entsprechend. Werden Entgeltunterlagen auf Datenträgern geführt, sind die Daten in der Aufbewahrungsfrist jederzeit verfügbar und unverzüglich lesbar vorzuhalten. § 147 Abs. 5 und 6 der Abgabenordnung gilt entsprechend.“

2. In § 14 Abs. 1 Nr. 15 wird die Angabe „§ 107“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7“ ersetzt.

Artikel 17 Änderung der Hauptzollamtszuständigkeitsverordnung (600-1-3-14)

In § 3 Abs. 3 Nr. 3, § 4 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 5 Nr. 1 sowie § 6 Abs. 1 Nr. 3 und 4 Buchstabe c der Hauptzollamtszuständigkeitsverordnung vom 16. Februar 2007 (BGBl. I S. 202) wird jeweils die Angabe „den §§ 107 und 112“ durch die Angabe „§ 18h Abs. 7 und § 112“ ersetzt.

Artikel 18 Änderung der Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung (860-4-1-12)

Die Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2006 (BGBl. I S. 152), zuletzt geändert durch § 22 Abs. 6 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2861), wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Abs. 5 werden die Wörter „zuständigen Agentur für Arbeit zu beantragen“ durch die Wörter „zuständigen Stelle der Bundesagentur für Arbeit zu beantragen; spätere Änderungen der Betriebsdaten sind vom Arbeitgeber dieser Stelle unverzüglich zu melden“ ersetzt.
2. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

„§ 8a Meldung bei Eintritt eines Insolvenzereignisses

Der Arbeitgeber oder die mit der Insolvenzabwicklung betraute Person hat für freigestellte Beschäftigte für den Zeitraum bis zum Tag vor Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Nichteröffnung mangels Masse eine Abmeldung mit der nächsten folgenden Lohn- und Gehaltsabrechnung, spätestens aber nach sechs Wochen abzugeben.“

3. In § 13 wird die Angabe „§§ 6, 8 und 12“ durch die Angabe „§§ 6, 8, 8a und 12“ ersetzt.

4. In § 20 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Beitragsüberwachungsverordnung“ durch das Wort „Beitragsverfahrensverordnung“ ersetzt.

5. In § 23 Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Mängel“ die Wörter „durch Datenübertragung“ eingefügt.

- 5a. § 31 wird wie folgt gefasst:

„§ 31

Sonderregelungen

(1) Für die Meldungen der Versicherten der knappschaftlichen Rentenversicherung sowie für Meldungen der nach § 129 Abs. 1 Nr. 5 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch genannten Seeleute gelten besondere Datensätze. Die Meldungen enthalten zusätzliche Angaben für die knappschaftliche Rentenversicherung oder über Berufsgruppe, Fahrzeuggruppe, Patent sowie zur Beschäftigung auf im Internationalen Seeschiffregister eingetragenen Schiffen.

(2) Die Betriebsnummer für Meldepflichtige, die Versicherte nach Absatz 1 zu melden haben, wird von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See im Einvernehmen mit der Bundesagentur für Arbeit vergeben.

(3) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See stellt auf der Grundlage der gemeinsamen Grundsätze nach § 22 eigene Grundsätze für die Datensätze nach Absatz 1 auf, die die für sie geltenden Sonderregelungen berücksichtigen. Satz 1 gilt entsprechend für die Regelungen zur Systemprüfung im Sinne der §§ 18 bis 21.

(4) Prüfende Stelle nach § 19 ist für Systeme, mit denen Meldungen nach Absatz 1 erstattet werden, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.“

- 5b. In § 33 Abs. 4 Satz 2 werden nach dem Wort „unverzüglich“ die Wörter „durch Datenübertragung“ eingefügt.

6. § 34 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Einzugsstelle hat die geprüften Daten innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung weiterzuleiten.“

7. § 37 wird aufgehoben.

8. In § 41 Nr. 1 werden nach der Angabe „§ 18 Satz 1“ die Wörter „ , auch in Verbindung mit Satz 2,“ eingefügt.

Artikel 19 Änderung der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (860-4-1-2)

Dem § 31 der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung vom 21. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3147), die zuletzt durch Artikel 214 des Ge-

setzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1869) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Bei den in § 35a Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch genannten Krankenkassen erfolgt die Bestellung des Prüfers nach Satz 1 durch den Verwaltungsrat.“

Artikel 19a
Änderung der
Sozialversicherungsentgeltverordnung
(860-4-1-16)

§ 1 Abs. 1 der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3385), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2838) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„4. Beiträge nach § 40b des Einkommensteuergesetzes in der am 31. Dezember 2004 geltenden Fassung, die zusätzlich zu Löhnen und Gehältern gewährt werden,“.

2. Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. Zuwendungen nach § 3 Nr. 56 und § 40b des Einkommensteuergesetzes, die zusätzlich zu Löhnen und Gehältern gewährt werden und für die Satz 3 und 4 nichts Abweichendes bestimmen,“.

3. In Satz 3 werden die Wörter „Die in Satz 1 Nr. 4 genannten Beiträge und Zuwendungen“ durch die Wörter „Die Summe der in Satz 1 Nr. 4a genannten Zuwendungen nach § 3 Nr. 56 und § 40b des Einkommensteuergesetzes, höchstens jedoch monatlich 100 Euro,“ ersetzt.

4. Nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 3 gilt mit der Maßgabe, dass die Zuwendungen nach § 3 Nr. 56 und § 40b des Einkommensteuergesetzes dem Arbeitsentgelt insoweit zugerechnet werden, als sie in der Summe monatlich 100 Euro übersteigen.“

Artikel 19b
Gesetz
zu Übergangsregelungen zur Eingliederung
der See-Krankenkasse in die Deutsche
Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

§ 1
Übertritt des Personals

(1) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See tritt mit der Eingliederung der See-Krankenkasse in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in die Dienstverhältnisse ein, die zu dem genannten Zeitpunkt zwischen der See-Berufsgenossenschaft und den mit den Aufgaben der See-Krankenkasse und See-Pflegekasse betrauten Dienstordnungsangestellten bestehen. Die §§ 128, 129, 130 Abs. 1 und die §§ 131 und 133 des Beamtenrechtsrahmengesetzes sind sinngemäß anzuwenden. Für die übergetretenen Dienstordnungsangestellten gelten die Regelungen der bisherigen Dienstordnung weiter. Die übergetretenen Dienstordnungsangestellten sind inner-

halb eines Jahres nach dem Übertritt in das Beamtenverhältnis zu berufen, soweit sie die dafür erforderlichen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der See-Berufsgenossenschaft, die mit Aufgaben der See-Krankenkasse betraut waren, treten mit Eingliederung der See-Krankenkasse in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zur Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See über.

(2) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See tritt mit Eingliederung der See-Krankenkasse in die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse ein, die zu dem genannten Zeitpunkt zwischen der See-Berufsgenossenschaft und den mit den Aufgaben der See-Krankenkasse betrauten Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Auszubildenden bestehen. Mit dem Zeitpunkt des Übertritts sind die bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See geltenden tarifrechtlichen Regelungen und Dienstvereinbarungen anzuwenden. Soweit tarifvertragliche Übergangsregelungen vereinbart werden, gehen diese vor.

§ 2
Besitzstandsschutz

(1) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund der Eingliederung der See-Krankenkasse in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nicht auf einem Arbeitsplatz verwendet werden können, der mindestens dem bisherigen Arbeitsplatz entsprechend zu bewerten ist, erhalten eine Ausgleichszulage in Höhe der Differenz zwischen dem Entgelt nach der bisherigen Entgeltgruppe und der Entgeltgruppe, die ihnen auf ihrem neuen Arbeitsplatz zusteht. Auf Dienstordnungsangestellte ist § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes anzuwenden.

(2) Tarifrechtliche Besitzstandsregelungen und Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung bei der See-Berufsgenossenschaft gelten für die übergetretenen Beschäftigten weiter.

(3) Die in einem Beschäftigungsverhältnis zur See-Berufsgenossenschaft verbrachten Zeiten gelten bei der Anwendung beamtenrechtlicher einschließlich besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften, personalvertretungsrechtlicher Vorschriften und tarifvertraglicher Regelungen bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als bei ihr verbrachte Zeiten.

§ 3
Personalvertretungs-
rechtliche Übergangsregelungen

Die Personalvertretung der See-Berufsgenossenschaft nimmt für die übergetretenen Beschäftigten die Aufgaben einer Personalvertretung mit deren Rechten und Pflichten wahr, solange dies zur Wahrnehmung der mit der Eingliederung im Zusammenhang stehenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte erforderlich ist, längstens bis zur nächsten auf die Eingliederung folgenden Personalratswahl bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. Auf die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie die Schwerbehindertenvertretung findet Satz 1 entsprechende Anwendung.

Artikel 20

Aufhebung von Verordnungen

1. Die Sozialversicherungsausweis-Verordnung vom 25. Juli 1990 (BGBl. I S. 1706), zuletzt geändert durch Artikel 319 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304), wird aufgehoben.
2. Die Verordnung über knappschaftliche Arbeiten in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 822-3-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 21

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft, soweit in den folgenden Absätzen nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) Artikel 6 Nr. 2, 3, 13 und 15 tritt mit Wirkung vom 5. Mai 2005 in Kraft.

(3) Artikel 8 tritt mit Wirkung vom 18. August 2006 in Kraft.

(4) Artikel 6 Nr. 14 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

(5) Artikel 1 Nr. 8 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa bis ccc tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in Kraft.

(5a) Artikel 9 Nr. 2 Buchstabe a tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2007 in Kraft.

(6) Artikel 5 Nr. 6, Artikel 5b Nr. 2 und Artikel 14 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(7) Artikel 1 Nr. 13 tritt am 1. Januar 2008, jedoch nach Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittel-

ständischen Wirtschaft vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246), in Kraft.

(8) Artikel 6 Nr. 4 und 6 sowie Artikel 9 Nr. 2 treten am 1. März 2008 in Kraft.

(9) Artikel 1 Nr. 8 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe ddd und Doppelbuchstabe bb, Nr. 9 bis 11, 15 Buchstabe d, Nr. 16 Buchstabe c, Artikel 4 Nr. 3a, Artikel 5 Nr. 10 Buchstabe a und b sowie Artikel 6 Nr. 8a treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

(10) Artikel 1 Nr. 3 Buchstabe b tritt am 1. Juli 2009 in Kraft.

(11) Artikel 1 Nr. 13 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa und Artikel 5 Nr. 10 Buchstabe c treten am 1. Januar 2011 in Kraft.

(12) Artikel 1 Nr. 16 Buchstabe c und Nr. 18a bis 18c, Artikel 2 Nr. 1a und 1b, Artikel 5 Nr. 1 bis 5, 7, 8 und 12 bis 15, Artikel 5c, Artikel 6a, Artikel 7a, Artikel 18 Nr. 5a und Artikel 19b treten in Kraft, wenn die Genehmigung der Vereinbarung nach § 165 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch bestandskräftig geworden ist. Das Bundesministerium für Gesundheit gibt den Zeitpunkt des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

(13) Artikel 5 Nr. 11 und Artikel 5b Nr. 1 treten in Kraft, wenn die Genehmigung der Vereinbarung nach § 165 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vor dem 1. Januar 2009 bestandskräftig wird. Das Bundesministerium für Gesundheit gibt den Zeitpunkt des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

(14) Artikel 5 Nr. 9 tritt in Kraft, wenn die Genehmigung der Vereinbarung nach § 165 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch nach dem 31. Dezember 2008 bestandskräftig wird. Das Bundesministerium für Gesundheit gibt den Zeitpunkt des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 19. Dezember 2007

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Olaf Scholz

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt

**Erste Verordnung
zur Änderung der Signatarebenennungsverordnung**

Vom 13. Dezember 2007

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“ und zu dem Protokoll vom 30. November 1996 über die Einbringung von Korrekturen in dieses Abkommen (BGBl. 1998 II S. 2346) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

§ 2 der Signatarebenennungsverordnung vom 5. Mai 2003 (BGBl. I S. 648), die durch Artikel 466 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 2

Voraussetzungen

Signatar des Betriebsabkommens von INTERSPUTNIK kann jede natürliche und juristische Person der Bundesrepublik Deutschland auf Antrag beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie werden,

1. die gemäß § 6 des Telekommunikationsgesetzes gewerbliche öffentliche Telekommunikationsnetze betreibt oder gewerblich Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit erbringt und
2. die Bereitschaft, Eignung und Befähigung nachweist, die Rechte und Pflichten aus dem Betriebsabkommen von INTERSPUTNIK unter wirtschaftspolitischer Aufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie als Vertreter der deutschen Vertragspartei bei INTERSPUTNIK wahrzunehmen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. Dezember 2007

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Michael Glos

**Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Aufteilung der Erhöhung der Obergrenze auf die Regionen sowie über Daten
für die Festsetzung des betriebsindividuellen Zuckergrundbetrags und der zusätzlichen
betriebsindividuellen Zuckerbeträge nach dem Betriebsprämierendurchführungsgesetz**

Vom 17. Dezember 2007

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Betriebsprämierendurchführungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 2006 (BGBl. I S. 1298) verordnet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die Verordnung zur Aufteilung der Erhöhung der Obergrenze auf die Regionen sowie über Daten für die Festsetzung des betriebsindividuellen Zuckergrundbetrags und der zusätzlichen betriebsindividuellen Zuckerbeträge nach dem Betriebsprämierendurchführungsgesetz vom 27. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3467) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1; in ihm wird das Wort „Anlage“ durch die Angabe „Anlage 1“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Der zweite Erhöhungsbetrag im Sinne des § 4 Abs. 3 des Betriebsprämierendurchführungsgesetzes wird auf die Regionen nach Maßgabe der Anlage 2 aufgeteilt.“

2. In der Anlage wird die Angabe „Anlage (zu § 1)“ durch die Angabe „Anlage 1 (zu § 1 Abs. 1)“ ersetzt.

3. Folgende Anlage 2 wird angefügt:

**„Anlage 2
(zu § 1 Abs. 2)**

**Aufteilung des zweiten
Erhöhungsbetrags auf die Regionen**

Region	Betrag in Euro
Baden-Württemberg	2 278 775
Bayern	8 116 176
Brandenburg und Berlin	1 172 847
Hessen	2 048 692
Mecklenburg-Vorpommern	2 647 135
Niedersachsen und Bremen	11 982 825
Nordrhein-Westfalen	7 679 070
Rheinland-Pfalz	2 331 225
Saarland	134
Sachsen	1 754 514
Sachsen-Anhalt	5 349 271
Schleswig-Holstein und Hamburg	1 387 124
Thüringen	1 199 893“.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 2007

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
In Vertretung
Gert Lindemann

**Verordnung
über die Mindestnettoeträge nach dem Altersteilzeitgesetz
(Mindestnettoetrags-Verordnung)**

Vom 19. Dezember 2007

Auf Grund des § 15 Satz 1 des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), der durch Artikel 95 Nr. 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) neu gefasst und durch Artikel 234 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2007 I S. 2149) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Die Mindestnettoeträge nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a des Altersteilzeitgesetzes in der bis zum 30. Juni 2004 gültigen Fassung ergeben sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigefügten Tabelle.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Mindestnettoetrags-Verordnung vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3470) außer Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 2007

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Olaf Scholz

Anlage
(zu § 1)

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
5,00	3,50	3,50	3,50	3,50	2,98
10,00	7,00	7,00	7,00	7,00	5,95
15,00	10,50	10,50	10,50	10,50	8,93
20,00	14,00	14,00	14,00	14,00	11,90
25,00	17,50	17,50	17,50	17,50	14,88
30,00	21,00	21,00	21,00	21,00	17,85
35,00	24,50	24,50	24,50	24,50	20,83
40,00	28,00	28,00	28,00	28,00	23,80
45,00	31,50	31,50	31,50	31,50	26,78
50,00	35,00	35,00	35,00	35,00	29,75
55,00	38,50	38,50	38,50	38,50	32,73
60,00	42,00	42,00	42,00	42,00	35,70
65,00	45,50	45,50	45,50	45,50	38,68
70,00	49,00	49,00	49,00	49,00	41,65
75,00	52,50	52,50	52,50	52,50	44,63
80,00	56,00	56,00	56,00	55,65	47,60
85,00	59,50	59,50	59,50	58,63	50,58
90,00	63,00	63,00	63,00	61,60	53,55
95,00	66,50	66,50	66,50	64,58	56,53
100,00	70,00	70,00	70,00	67,55	59,50
105,00	73,50	73,50	73,50	70,53	62,48
110,00	77,00	77,00	77,00	73,50	65,45
115,00	80,50	80,50	80,50	76,48	68,43
120,00	84,00	84,00	84,00	79,45	71,40
125,00	87,50	87,50	87,50	82,43	74,38
130,00	91,00	91,00	91,00	85,40	77,35
135,00	94,50	94,50	94,50	88,38	80,33
140,00	98,00	98,00	98,00	91,35	83,30
145,00	101,50	101,50	101,50	94,33	86,28
150,00	105,00	105,00	105,00	97,30	89,25
155,00	108,50	108,50	108,50	100,28	92,23
160,00	112,00	112,00	112,00	103,25	95,20
165,00	115,50	115,50	115,50	106,23	98,18
170,00	119,00	119,00	119,00	109,20	101,15
175,00	122,50	122,50	122,50	112,18	104,13
180,00	126,00	126,00	126,00	115,15	107,10
185,00	129,50	129,50	129,50	118,13	110,08
190,00	133,00	133,00	133,00	121,10	113,05
195,00	136,50	136,50	136,50	124,08	116,03
200,00	140,00	140,00	140,00	127,05	119,00
205,00	143,50	143,50	143,50	130,03	121,98

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
210,00	147,00	147,00	147,00	133,00	124,95
215,00	150,50	150,50	150,50	135,98	127,93
220,00	154,00	154,00	154,00	138,95	130,90
225,00	157,50	157,50	157,50	141,93	133,88
230,00	161,00	161,00	161,00	144,90	136,85
235,00	164,50	164,50	164,50	147,88	139,83
240,00	168,00	168,00	168,00	150,85	142,80
245,00	171,50	171,50	171,50	153,83	145,78
250,00	175,00	175,00	175,00	156,80	148,75
255,00	178,50	178,50	178,50	159,78	151,73
260,00	182,00	182,00	182,00	162,75	154,70
265,00	185,50	185,50	185,50	165,73	157,68
270,00	189,00	189,00	189,00	168,70	160,65
275,00	192,50	192,50	192,50	171,68	163,63
280,00	196,00	196,00	196,00	174,65	166,60
285,00	199,50	199,50	199,50	177,63	169,58
290,00	203,00	203,00	203,00	180,60	172,55
295,00	206,50	206,50	206,50	183,58	175,53
300,00	210,00	210,00	210,00	186,55	178,50
305,00	213,50	213,50	213,50	189,53	181,48
310,00	217,00	217,00	217,00	192,50	184,45
315,00	220,50	220,50	220,50	195,48	187,43
320,00	224,00	224,00	224,00	198,45	190,40
325,00	227,50	227,50	227,50	201,43	193,38
330,00	182,49	182,49	182,49	155,89	147,84
335,00	185,26	185,26	185,26	158,13	150,08
340,00	188,02	188,02	188,02	160,37	152,32
345,00	190,79	190,79	190,79	162,61	154,56
350,00	193,55	193,55	193,55	164,85	156,80
355,00	196,32	196,32	196,32	167,09	159,04
360,00	199,08	199,08	199,08	169,33	161,28
365,00	201,85	201,85	201,85	171,57	163,52
370,00	204,61	204,61	204,61	173,81	165,76
375,00	207,38	207,38	207,38	176,05	168,00
380,00	210,14	210,14	210,14	178,29	170,24
385,00	212,91	212,91	212,91	180,53	172,48
390,00	215,67	215,67	215,67	182,77	174,72
395,00	218,44	218,44	218,44	185,01	176,96
400,00	221,20	221,20	221,20	187,25	179,20
405,00	223,97	223,97	223,97	189,49	181,44
410,00	226,73	226,73	226,73	191,73	183,68
415,00	229,50	229,50	229,50	193,97	185,92
420,00	232,26	232,26	232,26	196,21	188,16
425,00	235,03	235,03	235,03	198,45	190,40

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
430,00	237,79	237,79	237,79	200,69	192,64
435,00	240,56	240,56	240,56	202,93	194,88
440,00	243,32	243,32	243,32	205,17	197,12
445,00	246,09	246,09	246,09	207,41	199,36
450,00	248,85	248,85	248,85	209,65	201,60
455,00	251,62	251,62	251,62	211,89	203,84
460,00	254,38	254,38	254,38	214,13	206,08
465,00	257,15	257,15	257,15	216,37	208,32
470,00	259,91	259,91	259,91	218,61	210,56
475,00	262,68	262,68	262,68	220,85	212,80
480,00	265,44	265,44	265,44	223,09	215,04
485,00	268,21	268,21	268,21	225,33	217,28
490,00	270,97	270,97	270,97	227,57	219,52
495,00	273,74	273,74	273,74	229,81	221,76
500,00	276,50	276,50	276,50	232,05	224,00
505,00	279,27	279,27	279,27	234,29	226,24
510,00	282,03	282,03	282,03	236,53	228,48
515,00	284,80	284,80	284,80	238,77	230,72
520,00	287,56	287,56	287,56	241,01	232,96
525,00	290,33	290,33	290,33	243,25	235,20
530,00	293,09	293,09	293,09	245,49	237,44
535,00	295,86	295,86	295,86	247,73	239,68
540,00	298,62	298,62	298,62	249,97	241,92
545,00	301,39	301,39	301,39	252,21	244,06
550,00	304,15	304,15	304,15	254,45	246,19
555,00	306,92	306,92	306,92	256,69	248,33
560,00	309,68	309,68	309,68	258,93	250,46
565,00	312,45	312,45	312,45	261,17	252,60
570,00	315,21	315,21	315,21	263,41	254,73
575,00	317,98	317,98	317,98	265,65	256,87
580,00	320,74	320,74	320,74	267,89	259,00
585,00	323,51	323,51	323,51	270,13	261,14
590,00	326,27	326,27	326,27	272,37	263,27
595,00	329,04	329,04	329,04	274,61	265,41
600,00	331,80	331,80	331,80	276,85	267,54
605,00	334,57	334,57	334,57	279,09	269,68
610,00	337,33	337,33	337,33	281,33	271,81
615,00	340,10	340,10	340,10	283,57	273,95
620,00	342,86	342,86	342,86	285,74	276,08
625,00	345,63	345,63	345,63	287,88	278,22
630,00	348,39	348,39	348,39	290,01	280,35
635,00	351,16	351,16	351,16	292,15	282,49
640,00	353,92	353,92	353,92	294,28	284,62
645,00	356,69	356,69	356,69	296,42	286,76

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
650,00	359,45	359,45	359,45	298,55	288,89
655,00	362,22	362,22	362,22	300,69	291,03
660,00	364,98	364,98	364,98	302,82	293,16
665,00	367,75	367,75	367,75	304,96	295,30
670,00	370,51	370,51	370,51	307,09	297,43
675,00	373,28	373,28	373,28	309,23	299,57
680,00	376,04	376,04	376,04	311,36	301,70
685,00	378,81	378,81	378,81	313,50	303,84
690,00	381,57	381,57	381,57	315,63	305,97
695,00	384,34	384,34	384,34	317,77	308,11
700,00	387,10	387,10	387,10	319,90	310,24
705,00	389,87	389,87	389,87	322,04	312,38
710,00	392,63	392,63	392,63	324,17	314,51
715,00	395,40	395,40	395,40	326,31	316,65
720,00	398,16	398,16	398,16	328,44	318,78
725,00	400,93	400,93	400,93	330,58	320,92
730,00	403,69	403,69	403,69	332,71	323,05
735,00	406,46	406,46	406,46	334,85	325,19
740,00	409,22	409,22	409,22	336,98	327,32
745,00	411,99	411,99	411,99	339,12	329,46
750,00	414,75	414,75	414,75	341,25	331,67
755,00	417,52	417,52	417,52	343,39	333,89
760,00	420,28	420,28	420,28	345,52	336,09
765,00	423,05	423,05	423,05	347,66	337,20
770,00	425,81	425,81	425,81	349,79	338,43
775,00	428,58	428,58	428,58	351,93	339,65
780,00	431,34	431,34	431,34	354,06	340,88
785,00	434,11	434,11	434,11	356,20	342,10
790,00	436,87	436,87	436,87	358,33	343,27
795,00	439,64	439,64	439,64	360,47	344,50
800,00	442,40	442,40	442,40	362,60	345,72
805,00	445,17	445,17	445,17	364,74	346,95
810,00	447,93	447,93	447,93	366,87	348,18
815,00	450,70	450,70	450,70	369,01	349,34
820,00	453,46	453,46	453,46	371,14	350,57
825,00	456,23	456,23	456,23	373,33	351,80
830,00	458,99	458,99	458,99	375,54	353,02
835,00	461,76	461,76	461,76	377,76	354,25
840,00	464,52	464,52	464,52	379,23	355,41
845,00	467,29	467,29	467,29	380,46	356,64
850,00	470,05	470,05	470,05	381,62	357,87
855,00	472,82	472,82	472,82	382,84	359,09
860,00	475,58	475,58	475,58	384,08	360,32
865,00	478,35	478,35	478,35	385,29	361,48

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
870,00	481,11	481,11	481,11	386,53	362,71
875,00	483,88	483,88	483,88	387,69	363,94
880,00	486,64	486,64	486,64	388,92	365,16
885,00	489,41	489,41	489,41	390,15	366,39
890,00	492,17	492,17	492,17	391,37	367,55
895,00	494,94	494,94	494,94	392,60	368,78
900,00	497,53	497,70	497,70	393,76	370,01
905,00	499,88	500,47	500,47	394,99	371,23
910,00	502,24	503,23	503,23	396,21	372,46
915,00	504,60	506,00	506,00	397,44	373,63
920,00	506,90	508,76	508,76	398,67	374,85
925,00	509,25	511,53	511,53	399,83	376,08
930,00	511,55	514,29	514,29	401,06	377,30
935,00	513,91	517,06	517,06	402,29	378,53
940,00	516,21	519,82	519,82	403,51	379,69
945,00	518,56	522,59	522,59	404,74	380,92
950,00	520,86	525,35	525,35	405,90	382,15
955,00	523,22	528,12	528,12	407,13	383,37
960,00	525,52	530,88	530,88	408,36	384,60
965,00	527,81	533,65	533,65	409,58	385,76
970,00	530,11	536,41	536,41	410,81	387,00
975,00	532,47	539,18	539,18	411,97	388,22
980,00	534,77	541,94	541,94	413,20	389,45
985,00	537,07	544,71	544,71	414,43	390,67
990,00	539,36	547,47	547,47	415,65	391,83
995,00	541,66	550,24	550,24	416,88	393,06
1 000,00	543,96	553,00	553,00	418,04	394,29
1 005,00	546,26	555,77	555,77	419,27	395,51
1 010,00	548,56	558,53	558,53	420,50	396,75
1 015,00	550,86	561,30	561,30	421,72	397,91
1 020,00	553,10	564,06	564,06	422,95	399,13
1 025,00	555,28	566,83	566,83	424,12	400,37
1 030,00	557,46	569,59	569,59	425,34	401,58
1 035,00	559,64	572,01	572,36	426,57	402,82
1 040,00	561,76	574,25	575,12	427,79	403,98
1 045,00	563,95	576,49	577,89	429,02	405,20
1 050,00	566,13	578,73	580,65	430,19	406,43
1 055,00	568,25	580,97	583,42	431,41	407,65
1 060,00	570,43	583,21	586,18	432,64	408,88
1 065,00	572,56	585,45	588,95	433,86	410,05
1 070,00	574,74	587,63	591,71	435,09	411,28
1 075,00	576,86	589,87	594,48	436,25	412,50
1 080,00	578,98	592,11	597,24	437,49	413,73
1 085,00	581,11	594,29	600,01	438,71	414,95

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
1 090,00	583,29	596,53	602,77	439,94	416,12
1 095,00	585,41	598,71	605,54	441,16	417,35
1 100,00	587,54	600,95	608,30	442,32	418,57
1 105,00	589,66	603,13	611,07	443,56	419,80
1 110,00	591,72	605,32	613,83	444,78	421,21
1 115,00	593,85	607,50	616,60	446,01	422,74
1 120,00	595,97	609,68	619,36	447,24	424,03
1 125,00	598,09	611,92	622,13	448,40	425,57
1 130,00	600,16	614,10	624,89	449,62	427,10
1 135,00	602,28	616,28	627,66	450,86	428,51
1 140,00	604,41	618,41	630,42	452,07	429,92
1 145,00	606,47	620,59	633,19	453,31	431,33
1 150,00	608,54	622,77	635,95	454,47	432,87
1 155,00	610,66	624,95	638,72	455,69	434,28
1 160,00	612,72	627,07	641,48	456,93	435,81
1 165,00	614,79	629,26	644,25	458,14	437,23
1 170,00	616,85	631,38	647,01	459,38	438,64
1 175,00	618,98	633,56	649,78	460,54	440,17
1 180,00	621,04	635,68	652,54	461,77	441,58
1 185,00	623,05	637,87	655,31	463,06	442,99
1 190,00	625,11	639,99	658,07	464,58	444,53
1 195,00	627,18	642,11	660,84	466,12	446,06
1 200,00	629,24	644,24	663,60	467,41	447,48
1 205,00	631,31	646,36	666,37	468,94	448,88
1 210,00	633,32	648,48	669,13	470,48	450,42
1 215,00	635,38	650,61	671,90	471,89	451,95
1 220,00	637,45	652,73	674,66	473,31	453,36
1 225,00	639,45	654,85	677,43	474,71	454,77
1 230,00	641,52	656,98	680,19	476,25	456,31
1 235,00	643,52	659,10	682,96	477,65	457,72
1 240,00	645,53	661,16	685,72	479,19	459,26
1 245,00	647,54	663,29	688,49	480,60	460,66
1 250,00	649,60	665,35	691,25	482,01	462,20
1 255,00	651,61	667,48	694,02	483,55	463,73
1 260,00	653,62	669,54	696,78	484,96	465,14
1 265,00	655,62	671,66	699,55	486,37	466,68
1 270,00	657,63	673,73	702,31	487,91	468,21
1 275,00	659,64	675,79	705,08	489,43	469,62
1 280,00	661,58	677,86	707,84	490,85	471,04
1 285,00	663,59	679,92	710,61	492,26	472,57
1 290,00	665,60	681,99	713,37	493,79	474,10
1 295,00	667,55	684,05	716,14	495,21	475,64
1 300,00	669,55	686,12	718,90	496,74	477,04
1 305,00	671,56	688,18	721,67	498,27	478,58

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
1 310,00	673,51	690,25	724,43	499,69	480,12
1 315,00	675,46	692,31	727,20	501,21	481,53
1 320,00	677,46	694,32	729,96	502,63	483,06
1 325,00	679,41	696,39	732,73	504,16	484,59
1 330,00	681,30	698,39	735,49	505,58	486,00
1 335,00	683,07	700,28	738,26	507,11	487,54
1 340,00	684,91	702,17	741,02	508,52	489,08
1 345,00	686,60	704,06	743,79	509,94	490,61
1 350,00	688,25	705,95	746,55	511,47	492,02
1 355,00	689,82	707,84	749,32	513,00	493,68
1 360,00	691,39	709,67	752,08	514,54	495,08
1 365,00	693,04	711,56	754,85	516,07	496,50
1 370,00	694,61	713,45	757,61	517,48	498,16
1 375,00	696,19	715,29	760,38	519,02	499,57
1 380,00	697,77	717,18	763,14	520,55	501,10
1 385,00	699,34	719,01	765,91	521,96	502,64
1 390,00	700,92	720,84	768,67	523,49	504,18
1 395,00	702,56	722,67	771,44	525,03	505,70
1 400,00	704,14	724,56	774,20	526,44	507,12
1 405,00	705,71	726,39	776,97	527,98	508,65
1 410,00	707,28	728,17	779,73	529,38	510,31
1 415,00	708,86	730,00	782,50	530,92	511,72
1 420,00	710,44	731,83	785,26	532,46	513,25
1 425,00	712,01	733,66	788,03	533,98	514,78
1 430,00	713,59	735,43	790,79	535,40	516,32
1 435,00	715,16	737,27	793,56	536,93	517,85
1 440,00	716,73	738,93	796,32	538,47	519,39
1 445,00	718,24	740,50	799,09	540,00	520,80
1 450,00	719,89	742,15	801,85	541,53	522,33
1 455,00	721,48	743,72	804,62	542,95	523,87
1 460,00	723,19	745,30	807,38	544,47	525,40
1 465,00	724,92	746,87	810,15	546,01	526,93
1 470,00	726,64	748,44	812,91	547,55	528,35
1 475,00	728,35	750,09	815,68	549,08	529,88
1 480,00	730,01	751,66	818,44	550,49	531,42
1 485,00	731,73	753,24	821,21	552,15	532,83
1 490,00	733,45	754,82	823,97	553,68	534,24
1 495,00	735,11	756,39	826,74	555,22	535,77
1 500,00	736,82	757,97	829,50	556,75	537,31
1 505,00	738,54	759,54	832,27	558,17	538,84
1 510,00	740,20	761,11	835,03	559,70	540,25
1 515,00	741,92	762,69	837,80	561,23	541,79
1 520,00	743,58	764,27	840,56	562,77	543,20
1 525,00	745,29	765,84	843,33	564,30	544,73

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
1 530,00	746,95	767,42	846,09	565,83	546,15
1 535,00	748,67	768,99	848,86	567,25	547,67
1 540,00	750,33	770,56	851,62	568,78	549,09
1 545,00	752,05	772,14	854,39	570,19	550,62
1 550,00	753,70	773,83	857,15	571,73	552,03
1 555,00	755,61	775,73	859,92	573,27	553,57
1 560,00	757,45	777,57	862,68	574,79	554,98
1 565,00	759,29	779,48	865,45	576,32	556,39
1 570,00	761,13	781,32	868,21	577,74	557,93
1 575,00	763,04	783,22	870,98	579,27	559,33
1 580,00	764,88	785,06	873,74	580,81	560,87
1 585,00	766,72	786,97	876,51	582,10	562,40
1 590,00	768,57	788,87	879,27	583,63	563,82
1 595,00	770,47	790,71	882,04	585,05	565,22
1 600,00	772,31	792,62	884,80	586,57	566,64
1 605,00	774,15	794,46	887,57	588,11	568,05
1 610,00	775,99	796,36	890,33	589,52	569,46
1 615,00	777,83	798,20	893,10	591,05	571,00
1 620,00	779,67	800,11	895,86	592,47	572,52
1 625,00	781,52	801,95	898,63	593,88	573,94
1 630,00	783,42	803,85	901,39	595,41	575,34
1 635,00	785,26	805,69	904,16	596,94	576,76
1 640,00	787,10	807,53	906,92	598,48	578,17
1 645,00	788,94	809,44	909,69	599,89	579,58
1 650,00	790,78	811,28	912,45	601,30	580,99
1 655,00	792,62	813,19	915,22	602,83	582,41
1 660,00	794,47	815,03	917,98	604,25	583,81
1 665,00	796,31	816,87	920,75	605,66	585,23
1 670,00	798,15	818,77	923,51	607,07	586,75
1 675,00	800,00	820,62	926,28	608,48	588,17
1 680,00	801,84	822,46	929,04	610,01	589,46
1 685,00	803,62	824,30	931,81	611,55	590,87
1 690,00	805,46	826,20	934,57	612,96	592,40
1 695,00	807,30	828,04	937,34	614,37	593,82
1 700,00	809,14	829,89	940,10	615,78	595,11
1 705,00	810,99	831,73	942,52	617,19	596,64
1 710,00	812,83	833,63	944,82	618,60	597,93
1 715,00	814,67	835,47	947,23	620,14	599,34
1 720,00	816,52	837,32	949,53	621,55	600,87
1 725,00	818,29	839,16	951,83	622,97	602,16
1 730,00	820,13	841,00	954,24	624,37	603,58
1 735,00	821,98	842,84	956,54	625,78	604,98
1 740,00	823,82	844,68	958,84	627,19	606,39
1 745,00	825,59	846,52	961,25	628,60	607,80

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
1 750,00	827,44	848,37	963,55	630,01	609,09
1 755,00	829,28	850,21	965,85	631,43	610,50
1 760,00	831,12	852,11	968,27	632,96	611,91
1 765,00	832,90	853,95	970,56	634,25	613,20
1 770,00	834,75	855,79	972,86	635,66	614,73
1 775,00	836,59	857,63	975,16	637,20	616,02
1 780,00	838,37	859,48	977,58	638,48	617,44
1 785,00	840,21	861,32	979,87	639,90	618,72
1 790,00	841,99	863,10	982,17	641,30	620,26
1 795,00	843,83	864,94	984,47	642,71	621,54
1 800,00	845,61	866,79	986,77	644,13	622,96
1 805,00	847,46	868,63	989,18	645,53	624,25
1 810,00	849,30	870,47	991,48	646,95	625,66
1 815,00	851,08	872,31	993,78	648,24	626,95
1 820,00	852,92	874,15	996,08	649,65	628,35
1 825,00	854,70	875,99	998,38	651,06	629,64
1 830,00	856,54	877,77	1 000,68	652,47	631,05
1 835,00	858,32	879,61	1 003,09	653,88	632,34
1 840,00	860,17	881,45	1 005,39	655,17	633,75
1 845,00	861,95	883,30	1 007,69	656,58	635,04
1 850,00	863,72	885,08	1 009,99	657,99	636,45
1 855,00	865,56	886,92	1 012,28	659,41	637,86
1 860,00	867,35	888,76	1 014,58	660,70	639,15
1 865,00	869,13	890,60	1 016,88	662,10	640,44
1 870,00	870,97	892,39	1 019,18	663,38	641,73
1 875,00	872,75	894,23	1 021,48	664,92	643,14
1 880,00	874,53	896,07	1 023,78	666,21	644,55
1 885,00	876,37	897,85	1 026,07	667,62	645,72
1 890,00	878,16	899,69	1 028,37	668,91	647,12
1 895,00	879,93	901,53	1 030,67	670,32	648,54
1 900,00	881,71	903,32	1 032,97	671,61	649,70
1 905,00	883,55	905,16	1 035,27	673,02	651,11
1 910,00	885,34	906,94	1 037,57	674,31	652,53
1 915,00	887,11	908,78	1 039,86	675,72	653,69
1 920,00	888,90	910,55	1 042,16	677,13	655,10
1 925,00	890,74	912,39	1 044,46	678,42	656,39
1 930,00	892,52	914,24	1 046,76	679,83	657,80
1 935,00	894,29	916,02	1 049,06	681,00	658,97
1 940,00	896,08	917,86	1 051,36	682,41	660,25
1 945,00	897,86	919,65	1 053,65	683,82	661,66
1 950,00	899,63	921,49	1 055,95	685,10	662,95
1 955,00	901,42	923,27	1 058,25	686,39	664,24
1 960,00	903,20	925,05	1 060,55	687,68	665,53
1 965,00	904,97	926,89	1 062,73	689,09	666,81

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
1 970,00	906,76	928,67	1 065,03	690,51	668,10
1 975,00	908,54	930,45	1 067,33	691,67	669,52
1 980,00	910,32	932,29	1 069,63	693,08	670,68
1 985,00	912,10	934,07	1 071,92	694,37	671,97
1 990,00	913,89	935,91	1 074,22	695,77	673,25
1 995,00	915,66	937,70	1 076,40	696,95	674,54
2 000,00	917,44	939,47	1 078,70	698,35	675,96
2 005,00	919,23	941,26	1 081,00	699,64	677,24
2 010,00	921,00	943,04	1 083,30	700,92	678,53
2 015,00	922,78	944,88	1 085,48	702,21	679,82
2 020,00	924,57	946,65	1 087,78	703,63	680,98
2 025,00	926,34	948,44	1 090,08	704,91	682,27
2 030,00	928,12	950,22	1 092,38	706,08	683,56
2 035,00	929,91	952,06	1 094,56	707,49	684,85
2 040,00	931,62	953,83	1 096,86	708,78	686,13
2 045,00	933,41	955,62	1 098,92	710,07	687,30
2 050,00	935,18	957,40	1 101,10	711,48	688,59
2 055,00	936,96	959,18	1 103,28	712,77	689,88
2 060,00	938,75	961,02	1 105,47	713,93	691,17
2 065,00	940,46	962,75	1 107,53	715,22	692,45
2 070,00	942,25	964,52	1 109,71	716,51	693,62
2 075,00	944,02	966,36	1 111,89	717,79	694,90
2 080,00	945,74	968,14	1 113,96	719,21	696,19
2 085,00	947,52	969,93	1 116,14	720,50	697,48
2 090,00	949,31	971,71	1 118,21	721,78	698,64
2 095,00	951,02	973,48	1 120,39	722,95	699,93
2 100,00	952,81	975,27	1 122,57	724,23	701,10
2 105,00	954,58	977,05	1 124,63	725,52	702,39
2 110,00	956,31	978,82	1 126,82	726,81	703,55
2 115,00	958,08	980,61	1 128,88	728,10	704,84
2 120,00	959,80	982,32	1 131,06	729,26	706,13
2 125,00	961,58	984,11	1 133,13	730,55	707,41
2 130,00	963,30	985,88	1 135,31	731,84	708,58
2 135,00	965,08	987,67	1 137,37	733,12	709,86
2 140,00	966,86	989,45	1 139,56	734,41	711,03
2 145,00	968,58	991,22	1 141,62	735,59	712,32
2 150,00	970,35	993,01	1 143,69	736,88	713,48
2 155,00	972,08	994,79	1 145,87	738,16	714,77
2 160,00	973,85	996,51	1 147,93	739,45	716,00
2 165,00	975,58	998,29	1 150,11	740,61	717,22
2 170,00	977,30	1 000,06	1 152,18	741,90	718,45
2 175,00	979,08	1 001,85	1 154,24	743,19	719,68
2 180,00	980,80	1 003,56	1 156,43	744,35	720,85
2 185,00	982,51	1 005,35	1 158,49	745,64	722,07

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
2 190,00	984,30	1 007,13	1 160,56	746,81	723,30
2 195,00	986,01	1 008,85	1 162,62	748,10	724,52
2 200,00	987,79	1 010,63	1 164,80	749,26	725,75
2 205,00	989,51	1 012,40	1 166,87	750,67	726,92
2 210,00	991,24	1 014,19	1 168,93	751,84	728,14
2 215,00	993,01	1 015,90	1 171,00	753,00	729,37
2 220,00	994,74	1 017,69	1 173,06	754,29	730,60
2 225,00	996,45	1 019,40	1 175,24	755,45	731,82
2 230,00	998,17	1 021,19	1 177,31	756,81	732,98
2 235,00	999,89	1 022,90	1 179,37	758,03	734,22
2 240,00	1 001,67	1 024,68	1 181,44	759,19	735,43
2 245,00	1 003,39	1 026,47	1 183,50	760,42	736,67
2 250,00	1 005,10	1 028,18	1 185,57	761,64	737,89
2 255,00	1 006,82	1 029,97	1 187,75	762,87	739,05
2 260,00	1 008,55	1 031,68	1 189,82	764,10	740,29
2 265,00	1 010,26	1 033,47	1 191,88	765,26	741,50
2 270,00	1 012,05	1 035,18	1 193,95	766,49	742,74
2 275,00	1 013,76	1 036,97	1 196,01	767,71	743,97
2 280,00	1 015,48	1 038,68	1 198,08	768,94	745,13
2 285,00	1 017,20	1 040,40	1 200,14	770,18	746,35
2 290,00	1 018,92	1 042,18	1 202,21	771,34	747,58
2 295,00	1 020,64	1 043,90	1 204,27	772,56	748,80
2 300,00	1 022,36	1 045,62	1 206,34	773,79	750,04
2 305,00	1 024,07	1 047,40	1 208,40	775,01	751,20
2 310,00	1 025,79	1 049,12	1 210,35	776,24	752,42
2 315,00	1 027,52	1 050,90	1 212,41	777,41	753,65
2 320,00	1 029,23	1 052,62	1 214,48	778,63	754,88
2 325,00	1 030,95	1 054,33	1 216,54	779,86	756,11
2 330,00	1 032,67	1 056,05	1 218,61	781,09	757,27
2 335,00	1 034,38	1 057,83	1 220,67	782,31	758,50
2 340,00	1 036,11	1 059,55	1 222,74	783,48	759,72
2 345,00	1 037,76	1 061,27	1 224,69	784,71	760,95
2 350,00	1 039,49	1 062,99	1 226,75	785,93	762,17
2 355,00	1 041,20	1 064,71	1 228,82	787,16	763,34
2 360,00	1 042,92	1 066,49	1 230,88	788,38	764,57
2 365,00	1 044,64	1 068,21	1 232,95	789,54	765,79
2 370,00	1 046,35	1 069,93	1 234,90	790,78	767,02
2 375,00	1 048,01	1 071,64	1 236,96	791,99	768,25
2 380,00	1 049,73	1 073,36	1 239,03	793,23	769,41
2 385,00	1 051,46	1 075,09	1 240,97	794,46	770,64
2 390,00	1 053,17	1 076,86	1 243,04	795,62	771,86
2 395,00	1 054,89	1 078,58	1 245,10	796,85	773,09
2 400,00	1 056,55	1 080,24	1 247,17	798,07	774,32
2 405,00	1 058,27	1 082,02	1 249,12	799,30	775,48

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
2 410,00	1 059,93	1 083,74	1 251,18	800,53	776,71
2 415,00	1 061,64	1 085,46	1 253,13	801,69	777,93
2 420,00	1 063,36	1 087,17	1 255,20	802,91	779,16
2 425,00	1 065,02	1 088,90	1 257,26	804,14	780,39
2 430,00	1 066,74	1 090,61	1 259,21	805,37	781,55
2 435,00	1 068,45	1 092,33	1 261,27	806,60	782,78
2 440,00	1 070,11	1 094,05	1 263,22	807,76	784,00
2 445,00	1 071,83	1 095,77	1 265,29	808,99	785,23
2 450,00	1 073,49	1 097,43	1 267,24	810,21	786,46
2 455,00	1 075,21	1 099,14	1 269,30	811,44	787,62
2 460,00	1 076,87	1 100,87	1 271,25	812,67	788,85
2 465,00	1 078,58	1 102,58	1 273,31	813,83	790,07
2 470,00	1 080,24	1 104,30	1 275,26	815,06	791,30
2 475,00	1 081,96	1 106,02	1 277,21	816,28	792,53
2 480,00	1 083,61	1 107,68	1 279,28	817,51	793,70
2 485,00	1 085,34	1 109,40	1 281,22	818,74	794,92
2 490,00	1 087,00	1 111,11	1 283,29	819,90	796,15
2 495,00	1 088,71	1 112,84	1 285,24	821,13	797,37
2 500,00	1 090,37	1 114,55	1 287,19	822,35	798,60
2 505,00	1 092,08	1 116,21	1 289,25	823,58	799,76
2 510,00	1 093,74	1 117,93	1 291,20	824,81	800,99
2 515,00	1 095,40	1 119,65	1 293,15	825,97	802,21
2 520,00	1 097,05	1 121,31	1 295,10	827,20	803,45
2 525,00	1 098,78	1 123,02	1 297,16	828,42	804,67
2 530,00	1 100,44	1 124,74	1 299,11	829,65	805,83
2 535,00	1 102,09	1 126,40	1 301,06	830,88	807,07
2 540,00	1 103,81	1 128,12	1 303,12	832,04	808,28
2 545,00	1 105,47	1 129,84	1 305,07	833,27	809,52
2 550,00	1 107,13	1 131,49	1 307,02	834,49	810,74
2 555,00	1 108,84	1 133,21	1 308,97	835,72	811,90
2 560,00	1 110,50	1 134,87	1 310,92	836,95	813,13
2 565,00	1 112,15	1 136,59	1 312,86	838,11	814,35
2 570,00	1 113,81	1 138,25	1 314,81	839,34	815,58
2 575,00	1 115,47	1 139,96	1 316,88	840,56	816,82
2 580,00	1 117,13	1 141,62	1 318,83	841,79	817,98
2 585,00	1 118,85	1 143,34	1 320,77	843,02	819,20
2 590,00	1 120,51	1 145,00	1 322,72	844,19	820,43
2 595,00	1 122,16	1 146,72	1 324,67	845,41	821,65
2 600,00	1 123,82	1 148,38	1 326,62	846,64	822,89
2 605,00	1 125,48	1 150,09	1 328,57	847,86	824,05
2 610,00	1 127,14	1 151,75	1 330,52	849,09	825,27
2 615,00	1 128,79	1 153,47	1 332,42	850,26	826,50
2 620,00	1 130,45	1 155,13	1 334,20	851,48	827,73
2 625,00	1 132,11	1 156,79	1 335,99	852,71	828,95

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
2 630,00	1 133,77	1 158,51	1 337,78	853,94	830,12
2 635,00	1 135,42	1 160,17	1 339,56	855,16	831,35
2 640,00	1 137,08	1 161,82	1 341,35	856,32	832,57
2 645,00	1 138,74	1 163,54	1 342,99	857,56	833,80
2 650,00	1 140,40	1 165,19	1 344,78	858,77	835,02
2 655,00	1 142,05	1 166,85	1 346,56	860,01	836,19
2 660,00	1 143,71	1 168,57	1 348,21	861,23	837,42
2 665,00	1 145,37	1 170,23	1 349,85	862,39	838,64
2 670,00	1 147,03	1 171,88	1 351,35	863,63	839,87
2 675,00	1 148,68	1 173,54	1 353,00	864,84	841,10
2 680,00	1 150,28	1 175,20	1 354,65	866,08	842,26
2 685,00	1 151,93	1 176,85	1 356,15	867,31	843,49
2 690,00	1 153,59	1 178,58	1 357,79	868,47	844,71
2 695,00	1 155,25	1 180,24	1 359,30	869,69	845,94
2 700,00	1 156,90	1 181,89	1 360,95	870,92	847,17
2 705,00	1 158,50	1 183,55	1 362,59	872,14	848,33
2 710,00	1 160,16	1 185,21	1 364,10	873,38	849,56
2 715,00	1 161,81	1 186,86	1 365,74	874,54	850,78
2 720,00	1 163,47	1 188,52	1 367,24	875,76	852,01
2 725,00	1 165,07	1 190,18	1 368,89	876,99	853,24
2 730,00	1 166,73	1 191,90	1 370,40	878,22	854,40
2 735,00	1 168,31	1 193,49	1 372,04	879,45	855,63
2 740,00	1 169,97	1 195,15	1 373,68	880,61	856,85
2 745,00	1 171,63	1 196,80	1 375,19	881,84	858,08
2 750,00	1 173,29	1 198,46	1 376,84	883,06	859,31
2 755,00	1 174,89	1 200,12	1 378,34	884,29	860,47
2 760,00	1 176,55	1 201,78	1 379,85	885,51	861,70
2 765,00	1 178,14	1 203,43	1 381,49	886,68	862,92
2 770,00	1 179,80	1 205,09	1 383,13	887,91	864,15
2 775,00	1 181,46	1 206,75	1 384,64	889,13	865,38
2 780,00	1 183,05	1 208,41	1 386,29	890,36	866,54
2 785,00	1 184,71	1 210,06	1 387,79	891,59	867,77
2 790,00	1 186,30	1 211,72	1 389,44	892,75	868,99
2 795,00	1 187,90	1 213,31	1 390,94	893,98	870,22
2 800,00	1 189,56	1 214,97	1 392,45	895,20	871,45
2 805,00	1 191,15	1 216,63	1 394,09	896,43	872,61
2 810,00	1 192,81	1 218,29	1 395,59	897,66	873,84
2 815,00	1 194,40	1 219,94	1 397,24	898,82	875,06
2 820,00	1 196,06	1 221,60	1 398,75	900,05	876,30
2 825,00	1 197,66	1 223,20	1 400,39	901,27	877,52
2 830,00	1 199,32	1 224,85	1 401,90	902,50	878,68
2 835,00	1 200,91	1 226,51	1 403,54	903,73	879,91
2 840,00	1 202,51	1 228,17	1 405,10	904,89	881,13
2 845,00	1 204,16	1 229,77	1 406,88	906,12	882,36

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
2 850,00	1 205,76	1 231,43	1 408,54	907,34	883,59
2 855,00	1 207,35	1 233,02	1 410,20	908,57	884,75
2 860,00	1 208,95	1 234,67	1 411,98	909,80	885,98
2 865,00	1 210,61	1 236,33	1 413,64	910,96	887,20
2 870,00	1 212,20	1 237,93	1 415,41	912,19	888,43
2 875,00	1 213,80	1 239,59	1 417,07	913,41	889,67
2 880,00	1 215,45	1 241,24	1 418,73	914,64	890,83
2 885,00	1 217,06	1 242,84	1 420,51	915,87	892,05
2 890,00	1 218,65	1 244,50	1 422,17	917,04	893,28
2 895,00	1 220,24	1 246,09	1 423,82	918,26	894,50
2 900,00	1 221,84	1 247,74	1 425,61	919,49	895,73
2 905,00	1 223,44	1 249,35	1 427,27	920,71	896,90
2 910,00	1 225,10	1 250,94	1 428,92	921,94	898,12
2 915,00	1 226,69	1 252,60	1 430,70	923,10	899,35
2 920,00	1 228,28	1 254,19	1 432,35	924,33	900,58
2 925,00	1 229,88	1 255,85	1 434,14	925,55	901,80
2 930,00	1 231,48	1 257,45	1 435,79	926,79	902,97
2 935,00	1 233,07	1 259,10	1 437,45	928,01	904,20
2 940,00	1 234,67	1 260,70	1 439,24	929,17	905,42
2 945,00	1 236,26	1 262,36	1 440,89	930,41	906,65
2 950,00	1 237,86	1 263,95	1 442,55	931,62	907,87
2 955,00	1 239,46	1 265,55	1 444,21	932,86	909,03
2 960,00	1 241,04	1 267,15	1 445,98	934,08	910,27
2 965,00	1 242,65	1 268,81	1 447,64	935,24	911,48
2 970,00	1 244,24	1 270,40	1 449,29	936,47	912,72
2 975,00	1 245,83	1 271,99	1 451,08	937,69	913,95
2 980,00	1 247,44	1 273,65	1 452,74	938,92	915,11
2 985,00	1 249,03	1 275,25	1 454,39	940,16	916,34
2 990,00	1 250,62	1 276,84	1 456,05	941,32	917,56
2 995,00	1 252,22	1 278,49	1 457,83	942,54	918,79
3 000,00	1 253,82	1 280,10	1 459,49	943,77	920,02
3 005,00	1 255,35	1 281,69	1 461,15	944,99	921,18
3 010,00	1 256,95	1 283,28	1 462,80	946,23	922,40
3 015,00	1 258,54	1 284,88	1 464,58	947,39	923,63
3 020,00	1 260,14	1 286,48	1 466,23	948,61	924,86
3 025,00	1 261,67	1 288,07	1 467,89	949,84	926,09
3 030,00	1 263,27	1 289,73	1 469,55	951,07	927,25
3 035,00	1 264,87	1 291,33	1 471,21	952,29	928,48
3 040,00	1 266,45	1 292,92	1 472,99	953,46	929,70
3 045,00	1 268,06	1 294,52	1 474,65	954,69	930,93
3 050,00	1 269,58	1 296,11	1 476,31	955,91	932,16
3 055,00	1 271,19	1 297,71	1 477,97	957,14	933,32
3 060,00	1 272,78	1 299,30	1 479,62	958,36	934,55
3 065,00	1 274,32	1 300,90	1 481,40	959,53	935,77

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
3 070,00	1 275,91	1 302,50	1 483,06	960,76	937,00
3 075,00	1 277,44	1 304,09	1 484,72	961,98	938,23
3 080,00	1 279,04	1 305,69	1 486,37	963,21	939,39
3 085,00	1 280,63	1 307,29	1 488,03	964,44	940,62
3 090,00	1 282,17	1 308,87	1 489,81	965,60	941,84
3 095,00	1 283,77	1 310,48	1 491,46	966,83	943,07
3 100,00	1 285,30	1 312,07	1 493,12	968,05	944,30
3 105,00	1 286,89	1 313,66	1 494,91	969,28	945,46
3 110,00	1 288,49	1 315,20	1 496,80	970,51	946,69
3 115,00	1 290,02	1 316,79	1 498,71	971,67	947,91
3 120,00	1 291,62	1 318,39	1 500,49	972,90	949,14
3 125,00	1 293,15	1 319,99	1 502,27	974,12	950,37
3 130,00	1 294,69	1 321,58	1 504,17	975,35	951,53
3 135,00	1 296,28	1 323,12	1 506,09	976,58	952,76
3 140,00	1 297,82	1 324,71	1 507,86	977,74	953,98
3 145,00	1 299,41	1 326,31	1 509,77	978,97	955,21
3 150,00	1 300,95	1 327,91	1 511,54	980,19	956,44
3 155,00	1 302,48	1 329,44	1 513,45	981,42	957,60
3 160,00	1 304,08	1 331,04	1 515,35	982,65	958,83
3 165,00	1 305,61	1 332,63	1 517,13	983,81	960,05
3 170,00	1 307,21	1 334,23	1 519,04	985,04	961,28
3 175,00	1 308,74	1 335,75	1 520,82	986,26	962,51
3 180,00	1 310,27	1 337,36	1 522,72	987,49	963,68
3 185,00	1 311,81	1 338,88	1 524,50	988,72	964,90
3 190,00	1 313,40	1 340,49	1 526,40	989,88	966,13
3 195,00	1 314,94	1 342,08	1 528,18	991,11	967,35
3 200,00	1 316,48	1 343,62	1 530,09	992,33	968,58
3 205,00	1 318,01	1 345,21	1 531,99	993,56	969,75
3 210,00	1 319,61	1 346,74	1 533,77	994,79	970,97
3 215,00	1 321,14	1 348,34	1 535,67	995,95	972,20
3 220,00	1 322,68	1 349,94	1 537,45	997,18	973,43
3 225,00	1 324,20	1 351,47	1 539,36	998,40	974,65
3 230,00	1 325,74	1 353,07	1 541,13	999,64	975,81
3 235,00	1 327,34	1 354,61	1 543,04	1 000,86	977,05
3 240,00	1 328,81	1 356,13	1 544,82	1 002,02	978,26
3 245,00	1 330,41	1 357,73	1 546,60	1 003,25	979,50
3 250,00	1 331,94	1 359,27	1 548,51	1 004,47	980,72
3 255,00	1 333,47	1 360,86	1 550,29	1 005,70	981,88
3 260,00	1 335,01	1 362,40	1 552,19	1 006,93	983,12
3 265,00	1 336,55	1 363,99	1 553,97	1 008,09	984,33
3 270,00	1 338,07	1 365,53	1 555,87	1 009,32	985,57
3 275,00	1 339,61	1 367,06	1 557,65	1 010,54	986,80
3 280,00	1 341,14	1 368,65	1 559,56	1 011,77	987,96
3 285,00	1 342,68	1 370,19	1 561,34	1 013,01	989,18

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
3 290,00	1 344,22	1 371,73	1 563,24	1 014,17	990,41
3 295,00	1 345,75	1 373,25	1 565,03	1 015,39	991,63
3 300,00	1 347,28	1 374,86	1 566,92	1 016,62	992,87
3 305,00	1 348,82	1 376,39	1 568,71	1 017,84	994,03
3 310,00	1 350,35	1 377,92	1 570,60	1 019,07	995,25
3 315,00	1 351,82	1 379,52	1 572,39	1 020,24	996,48
3 320,00	1 353,35	1 381,04	1 574,29	1 021,46	997,71
3 325,00	1 354,89	1 382,58	1 576,07	1 022,69	998,94
3 330,00	1 356,43	1 384,12	1 577,85	1 023,92	1 000,10
3 335,00	1 357,96	1 385,71	1 579,76	1 025,14	1 001,33
3 340,00	1 359,50	1 387,25	1 581,53	1 026,31	1 002,55
3 345,00	1 361,02	1 388,78	1 583,44	1 027,54	1 003,78
3 350,00	1 362,50	1 390,32	1 585,21	1 028,76	1 005,00
3 355,00	1 364,03	1 391,85	1 587,00	1 029,99	1 006,17
3 360,00	1 365,57	1 393,39	1 588,90	1 031,21	1 007,40
3 365,00	1 367,04	1 394,92	1 590,68	1 032,37	1 008,62
3 370,00	1 368,58	1 396,45	1 592,58	1 033,61	1 009,85
3 375,00	1 370,10	1 397,98	1 594,37	1 034,82	1 011,08
3 380,00	1 371,64	1 399,52	1 596,15	1 036,06	1 012,24
3 385,00	1 373,12	1 401,06	1 598,05	1 037,29	1 013,47
3 390,00	1 374,65	1 402,59	1 599,84	1 038,45	1 014,69
3 395,00	1 376,18	1 404,12	1 601,61	1 039,68	1 015,92
3 400,00	1 377,66	1 405,66	1 603,52	1 040,90	1 017,15
3 405,00	1 379,20	1 407,19	1 605,29	1 042,13	1 018,31
3 410,00	1 380,67	1 408,73	1 607,20	1 043,36	1 019,54
3 415,00	1 382,20	1 410,26	1 608,98	1 044,52	1 020,76
3 420,00	1 383,67	1 411,80	1 610,76	1 045,74	1 021,99
3 425,00	1 385,20	1 413,33	1 612,66	1 046,97	1 023,22
3 430,00	1 386,74	1 414,86	1 614,45	1 048,20	1 024,38
3 435,00	1 388,21	1 416,39	1 616,22	1 049,43	1 025,61
3 440,00	1 389,75	1 417,93	1 618,13	1 050,59	1 026,83
3 445,00	1 391,22	1 419,40	1 619,91	1 051,82	1 028,06
3 450,00	1 392,75	1 420,94	1 621,81	1 053,04	1 029,29
3 455,00	1 394,23	1 422,47	1 623,59	1 054,27	1 030,45
3 460,00	1 395,70	1 424,01	1 625,37	1 055,50	1 031,68
3 465,00	1 397,24	1 425,48	1 627,15	1 056,66	1 032,90
3 470,00	1 398,71	1 427,01	1 629,05	1 057,89	1 034,13
3 475,00	1 400,24	1 428,55	1 630,83	1 059,11	1 035,36
3 480,00	1 401,71	1 430,09	1 632,62	1 060,34	1 036,53
3 485,00	1 403,19	1 431,56	1 634,52	1 061,57	1 037,75
3 490,00	1 404,72	1 433,09	1 636,30	1 062,73	1 038,98
3 495,00	1 406,19	1 434,62	1 638,08	1 063,96	1 040,20
3 500,00	1 407,73	1 436,16	1 639,99	1 065,18	1 041,43
3 505,00	1 409,20	1 437,63	1 641,76	1 066,41	1 042,59

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
3 510,00	1 410,68	1 439,17	1 643,54	1 067,64	1 043,82
3 515,00	1 412,15	1 440,70	1 645,33	1 068,80	1 045,04
3 520,00	1 413,62	1 442,17	1 647,23	1 070,03	1 046,28
3 525,00	1 415,15	1 443,64	1 649,01	1 071,25	1 047,50
3 530,00	1 416,63	1 445,18	1 650,78	1 072,48	1 048,66
3 535,00	1 418,10	1 446,71	1 652,69	1 073,71	1 049,90
3 540,00	1 419,57	1 448,18	1 654,47	1 074,87	1 051,11
3 545,00	1 421,10	1 449,71	1 656,25	1 076,10	1 052,35
3 550,00	1 422,57	1 451,19	1 658,03	1 077,32	1 053,57
3 555,00	1 424,05	1 452,72	1 659,94	1 078,55	1 054,73
3 560,00	1 425,52	1 454,20	1 661,72	1 079,78	1 055,96
3 565,00	1 426,99	1 455,73	1 663,49	1 080,94	1 057,18
3 570,00	1 428,46	1 457,20	1 665,28	1 082,17	1 058,41
3 575,00	1 429,93	1 458,67	1 667,06	1 083,39	1 059,65
3 580,00	1 431,41	1 460,21	1 668,96	1 084,62	1 060,81
3 585,00	1 432,88	1 461,68	1 670,75	1 085,85	1 062,03
3 590,00	1 434,35	1 463,22	1 672,52	1 087,02	1 063,26
3 595,00	1 435,83	1 464,69	1 674,30	1 088,24	1 064,48
3 600,00	1 437,37	1 466,16	1 676,20	1 089,47	1 065,72
3 605,00	1 438,84	1 467,70	1 677,98	1 090,69	1 066,88
3 610,00	1 440,31	1 469,17	1 679,77	1 091,92	1 068,10
3 615,00	1 441,78	1 470,70	1 681,54	1 093,09	1 069,33
3 620,00	1 443,25	1 472,18	1 683,33	1 094,31	1 070,56
3 625,00	1 444,66	1 473,65	1 685,23	1 095,54	1 071,78
3 630,00	1 446,13	1 475,12	1 687,01	1 096,77	1 072,95
3 635,00	1 447,61	1 476,59	1 688,79	1 097,99	1 074,18
3 640,00	1 449,08	1 478,13	1 690,57	1 099,15	1 075,40
3 645,00	1 450,55	1 479,60	1 692,47	1 100,39	1 076,63
3 650,00	1 452,02	1 481,07	1 694,25	1 101,60	1 077,85
3 655,00	1 453,49	1 482,55	1 696,04	1 102,84	1 079,02
3 660,00	1 454,91	1 484,08	1 697,82	1 104,06	1 080,25
3 665,00	1 456,39	1 485,55	1 699,59	1 105,22	1 081,47
3 670,00	1 457,86	1 487,02	1 701,38	1 106,46	1 082,70
3 675,00	1 459,33	1 488,50	1 703,28	1 107,67	1 083,93
3 680,00	1 460,80	1 489,97	1 705,06	1 108,91	1 085,09
3 685,00	1 462,22	1 491,44	1 706,85	1 110,14	1 086,32
3 690,00	1 463,69	1 492,92	1 708,62	1 111,30	1 087,54
3 695,00	1 465,16	1 494,39	1 710,40	1 112,52	1 088,77
3 700,00	1 466,56	1 495,87	1 712,19	1 113,75	1 090,00
3 705,00	1 468,04	1 497,34	1 713,96	1 114,97	1 091,16
3 710,00	1 469,51	1 498,81	1 715,74	1 116,21	1 092,39
3 715,00	1 470,92	1 500,28	1 717,64	1 117,37	1 093,61
3 720,00	1 472,39	1 501,75	1 719,42	1 118,59	1 094,84
3 725,00	1 473,87	1 503,22	1 721,21	1 119,82	1 096,07

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
3 730,00	1 475,29	1 504,70	1 722,98	1 121,05	1 097,23
3 735,00	1 476,76	1 506,17	1 724,77	1 122,28	1 098,46
3 740,00	1 478,16	1 507,65	1 726,55	1 123,44	1 099,68
3 745,00	1 479,63	1 509,12	1 728,32	1 124,67	1 100,91
3 750,00	1 481,05	1 510,59	1 730,11	1 125,89	1 102,14
3 755,00	1 482,52	1 512,06	1 732,01	1 127,12	1 103,30
3 760,00	1 483,99	1 513,53	1 733,79	1 128,34	1 104,53
3 765,00	1 485,41	1 515,00	1 735,57	1 129,51	1 105,75
3 770,00	1 486,88	1 516,42	1 737,35	1 130,74	1 106,98
3 775,00	1 488,28	1 517,89	1 739,13	1 131,96	1 108,21
3 780,00	1 489,76	1 519,36	1 740,91	1 133,19	1 109,37
3 785,00	1 491,18	1 520,83	1 742,69	1 134,42	1 110,60
3 790,00	1 492,65	1 522,31	1 744,47	1 135,58	1 111,82
3 795,00	1 494,06	1 523,72	1 746,26	1 136,81	1 113,05
3 800,00	1 495,47	1 525,19	1 748,03	1 138,03	1 114,28
3 805,00	1 496,88	1 526,66	1 749,81	1 139,26	1 115,44
3 810,00	1 498,35	1 528,07	1 751,60	1 140,49	1 116,67
3 815,00	1 499,76	1 529,55	1 753,37	1 141,65	1 117,89
3 820,00	1 501,23	1 531,02	1 755,15	1 142,88	1 119,13
3 825,00	1 502,64	1 532,43	1 756,94	1 144,10	1 120,35
3 830,00	1 504,06	1 533,90	1 758,84	1 145,33	1 121,51
3 835,00	1 505,53	1 535,38	1 760,62	1 146,56	1 122,74
3 840,00	1 506,94	1 536,79	1 762,40	1 147,72	1 123,96
3 845,00	1 508,35	1 538,26	1 764,18	1 148,95	1 125,19
3 850,00	1 509,76	1 539,67	1 765,96	1 150,17	1 126,42
3 855,00	1 511,17	1 541,14	1 767,74	1 151,40	1 127,58
3 860,00	1 512,58	1 542,62	1 769,52	1 152,63	1 128,81
3 865,00	1 514,05	1 544,03	1 771,30	1 153,79	1 130,03
3 870,00	1 515,47	1 545,50	1 773,08	1 155,02	1 131,26
3 875,00	1 516,88	1 546,91	1 774,86	1 156,24	1 132,50
3 880,00	1 518,29	1 548,38	1 776,64	1 157,47	1 133,66
3 885,00	1 519,70	1 549,79	1 778,42	1 158,70	1 134,88
3 890,00	1 521,18	1 551,27	1 780,21	1 159,87	1 136,11
3 895,00	1 522,58	1 552,68	1 781,98	1 161,09	1 137,33
3 900,00	1 523,99	1 554,15	1 783,76	1 162,32	1 138,56
3 905,00	1 525,41	1 555,56	1 785,55	1 163,54	1 139,73
3 910,00	1 526,82	1 556,98	1 787,32	1 164,77	1 140,95
3 915,00	1 528,23	1 558,45	1 789,10	1 165,93	1 142,18
3 920,00	1 529,64	1 559,86	1 790,89	1 167,16	1 143,41
3 925,00	1 531,05	1 561,27	1 792,67	1 168,38	1 144,63
3 930,00	1 532,46	1 562,74	1 794,44	1 169,62	1 145,80
3 935,00	1 533,88	1 564,15	1 796,10	1 170,84	1 147,03
3 940,00	1 535,29	1 565,56	1 797,88	1 172,00	1 148,25
3 945,00	1 536,70	1 567,04	1 799,67	1 173,24	1 149,48

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
3 950,00	1 538,11	1 568,44	1 801,44	1 174,45	1 150,70
3 955,00	1 539,52	1 569,86	1 803,22	1 175,69	1 151,86
3 960,00	1 540,92	1 571,33	1 805,01	1 176,91	1 153,10
3 965,00	1 542,28	1 572,75	1 806,78	1 178,07	1 154,31
3 970,00	1 543,69	1 574,15	1 808,56	1 179,30	1 155,55
3 975,00	1 545,10	1 575,57	1 810,35	1 180,52	1 156,78
3 980,00	1 546,52	1 576,97	1 812,13	1 181,75	1 157,94
3 985,00	1 547,92	1 578,38	1 813,90	1 182,99	1 159,17
3 990,00	1 549,33	1 579,86	1 815,69	1 184,15	1 160,39
3 995,00	1 550,68	1 581,27	1 817,47	1 185,37	1 161,62
4 000,00	1 552,10	1 582,69	1 819,24	1 186,60	1 162,85
4 005,00	1 553,51	1 584,09	1 821,03	1 187,82	1 164,01
4 010,00	1 554,92	1 585,50	1 822,81	1 189,06	1 165,23
4 015,00	1 556,27	1 586,91	1 824,59	1 190,22	1 166,46
4 020,00	1 557,68	1 588,32	1 826,24	1 191,44	1 167,69
4 025,00	1 559,09	1 589,74	1 828,03	1 192,67	1 168,92
4 030,00	1 560,43	1 591,15	1 829,80	1 193,90	1 170,08
4 035,00	1 561,85	1 592,56	1 831,59	1 195,12	1 171,31
4 040,00	1 563,26	1 593,97	1 833,37	1 196,29	1 172,53
4 045,00	1 564,61	1 595,38	1 835,14	1 197,52	1 173,76
4 050,00	1 566,03	1 596,79	1 836,93	1 198,74	1 174,99
4 055,00	1 567,43	1 598,21	1 838,59	1 199,97	1 176,15
4 060,00	1 568,78	1 599,62	1 840,37	1 201,19	1 177,38
4 065,00	1 570,19	1 601,02	1 842,14	1 202,36	1 178,60
4 070,00	1 571,54	1 602,43	1 843,93	1 203,59	1 179,83
4 075,00	1 572,95	1 603,85	1 845,71	1 204,81	1 181,06
4 080,00	1 574,31	1 605,20	1 847,48	1 206,04	1 182,22
4 085,00	1 575,71	1 606,61	1 849,27	1 207,27	1 183,45
4 090,00	1 577,07	1 608,02	1 850,93	1 208,43	1 184,67
4 095,00	1 578,47	1 609,43	1 852,70	1 209,66	1 185,90
4 100,00	1 579,82	1 610,84	1 854,48	1 210,88	1 187,13
4 105,00	1 581,23	1 612,25	1 856,27	1 212,11	1 188,29
4 110,00	1 582,59	1 613,66	1 858,05	1 213,34	1 189,52
4 115,00	1 584,00	1 615,01	1 859,82	1 214,50	1 190,74
4 120,00	1 585,35	1 616,43	1 861,48	1 215,73	1 191,97
4 125,00	1 586,75	1 617,84	1 863,26	1 216,95	1 193,20
4 130,00	1 588,11	1 619,18	1 865,05	1 218,18	1 194,36
4 135,00	1 589,46	1 620,60	1 866,82	1 219,41	1 195,59
4 140,00	1 590,80	1 622,01	1 868,60	1 220,57	1 196,81
4 145,00	1 592,21	1 623,42	1 870,26	1 221,80	1 198,04
4 150,00	1 593,56	1 624,76	1 872,05	1 223,02	1 199,27
4 155,00	1 594,92	1 626,18	1 873,82	1 224,25	1 200,43
4 160,00	1 596,32	1 627,59	1 875,60	1 225,48	1 201,66
4 165,00	1 597,68	1 628,94	1 877,39	1 226,64	1 202,88

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
4 170,00	1 599,02	1 630,35	1 879,05	1 227,87	1 204,11
4 175,00	1 600,38	1 631,70	1 880,82	1 229,09	1 205,34
4 180,00	1 601,79	1 633,11	1 882,60	1 230,32	1 206,51
4 185,00	1 603,13	1 634,46	1 884,39	1 231,55	1 207,73
4 190,00	1 604,48	1 635,87	1 886,04	1 232,71	1 208,96
4 195,00	1 605,84	1 637,22	1 887,82	1 233,94	1 210,18
4 200,00	1 607,18	1 638,64	1 889,60	1 235,16	1 211,41
4 205,00	1 608,54	1 639,98	1 891,38	1 236,39	1 212,58
4 210,00	1 609,94	1 641,40	1 893,16	1 237,62	1 213,80
4 215,00	1 611,30	1 642,74	1 894,82	1 238,78	1 215,03
4 220,00	1 612,65	1 644,15	1 896,59	1 240,01	1 216,26
4 225,00	1 613,99	1 645,50	1 898,38	1 241,23	1 217,48
4 230,00	1 615,35	1 646,92	1 900,16	1 242,47	1 218,64
4 235,00	1 616,69	1 648,26	1 901,81	1 243,69	1 219,88
4 240,00	1 618,04	1 649,68	1 903,59	1 244,85	1 221,09
4 245,00	1 619,39	1 651,03	1 905,25	1 246,08	1 222,33
4 250,00	1 620,74	1 652,37	1 907,04	1 247,30	1 223,55
4 255,00	1 622,09	1 653,72	1 908,81	1 248,53	1 224,71
4 260,00	1 623,44	1 655,13	1 910,59	1 249,76	1 225,95
4 265,00	1 624,79	1 656,49	1 912,25	1 250,92	1 227,16
4 270,00	1 626,14	1 657,83	1 914,03	1 252,15	1 228,40
4 275,00	1 627,49	1 659,25	1 915,81	1 253,37	1 229,63
4 280,00	1 628,84	1 660,60	1 917,47	1 254,60	1 230,79
4 285,00	1 630,19	1 661,94	1 919,25	1 255,84	1 232,01
4 290,00	1 631,54	1 663,35	1 921,03	1 257,00	1 233,24
4 295,00	1 632,83	1 664,70	1 922,81	1 258,22	1 234,46
4 300,00	1 634,18	1 666,06	1 924,46	1 259,45	1 235,70
4 305,00	1 635,52	1 667,40	1 926,25	1 260,67	1 236,86
4 310,00	1 636,87	1 668,75	1 928,03	1 261,90	1 238,08
4 315,00	1 638,22	1 670,10	1 929,69	1 263,07	1 239,31
4 320,00	1 639,51	1 671,45	1 931,46	1 264,29	1 240,54
4 325,00	1 640,86	1 672,80	1 933,25	1 265,52	1 241,77
4 330,00	1 642,21	1 674,21	1 934,91	1 266,75	1 242,93
4 335,00	1 643,56	1 675,56	1 936,68	1 267,97	1 244,16
4 340,00	1 644,85	1 676,91	1 938,46	1 269,14	1 245,38
4 345,00	1 646,20	1 678,26	1 940,12	1 270,37	1 246,61
4 350,00	1 647,55	1 679,61	1 941,90	1 271,59	1 247,83
4 355,00	1 648,84	1 680,96	1 943,56	1 272,82	1 249,00
4 360,00	1 650,19	1 682,31	1 945,34	1 274,04	1 250,23
4 365,00	1 651,53	1 683,65	1 947,11	1 275,20	1 251,45
4 370,00	1 652,82	1 685,01	1 948,77	1 276,44	1 252,68
4 375,00	1 654,18	1 686,36	1 950,56	1 277,65	1 253,91
4 380,00	1 655,52	1 687,71	1 952,34	1 278,89	1 255,07
4 385,00	1 656,81	1 689,06	1 953,99	1 280,12	1 256,30

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
4 390,00	1 658,15	1 690,41	1 955,77	1 281,28	1 257,52
4 395,00	1 659,44	1 691,75	1 957,43	1 282,51	1 258,75
4 400,00	1 660,80	1 693,11	1 959,21	1 283,73	1 259,98
4 405,00	1 662,14	1 694,40	1 960,99	1 284,96	1 261,14
4 410,00	1 663,43	1 695,74	1 962,65	1 286,19	1 262,37
4 415,00	1 664,72	1 697,09	1 964,42	1 287,35	1 263,59
4 420,00	1 666,07	1 698,45	1 966,08	1 288,57	1 264,82
4 425,00	1 667,36	1 699,73	1 967,87	1 289,80	1 266,05
4 430,00	1 668,71	1 701,08	1 969,65	1 291,03	1 267,21
4 435,00	1 670,00	1 702,43	1 971,31	1 292,26	1 268,44
4 440,00	1 671,35	1 703,78	1 973,08	1 293,42	1 269,66
4 445,00	1 672,64	1 705,13	1 974,74	1 294,65	1 270,89
4 450,00	1 673,92	1 706,42	1 976,52	1 295,87	1 272,12
4 455,00	1 675,27	1 707,76	1 978,31	1 297,10	1 273,28
4 460,00	1 676,56	1 709,12	1 979,96	1 298,33	1 274,51
4 465,00	1 677,84	1 710,41	1 981,62	1 299,49	1 275,73
4 470,00	1 679,20	1 711,75	1 983,39	1 300,72	1 276,96
4 475,00	1 680,49	1 713,10	1 985,05	1 301,94	1 278,19
4 480,00	1 681,78	1 714,39	1 986,84	1 303,17	1 279,36
4 485,00	1 683,12	1 715,74	1 988,62	1 304,40	1 280,58
4 490,00	1 684,41	1 717,09	1 990,28	1 305,56	1 281,81
4 495,00	1 685,70	1 718,38	1 992,05	1 306,79	1 283,03
4 500,00	1 686,99	1 719,73	1 993,71	1 308,01	1 284,26
4 505,00	1 688,34	1 721,01	1 995,49	1 309,24	1 285,42
4 510,00	1 689,63	1 722,36	1 997,15	1 310,47	1 286,65
4 515,00	1 690,91	1 723,72	1 998,93	1 311,63	1 287,87
4 520,00	1 692,20	1 725,00	2 000,59	1 312,86	1 289,11
4 525,00	1 693,49	1 726,29	2 002,36	1 314,08	1 290,33
4 530,00	1 694,78	1 727,64	2 004,02	1 315,31	1 291,49
4 535,00	1 696,07	1 728,92	2 005,80	1 316,54	1 292,73
4 540,00	1 697,42	1 730,28	2 007,46	1 317,70	1 293,94
4 545,00	1 698,70	1 731,57	2 009,25	1 318,93	1 295,18
4 550,00	1 699,99	1 732,91	2 010,90	1 320,15	1 296,40
4 555,00	1 701,28	1 734,20	2 012,68	1 321,38	1 297,56
4 560,00	1 702,57	1 735,55	2 014,33	1 322,61	1 298,79
4 565,00	1 703,86	1 736,84	2 016,12	1 323,77	1 300,01
4 570,00	1 705,14	1 738,13	2 017,77	1 325,00	1 301,24
4 575,00	1 706,43	1 739,48	2 019,56	1 326,22	1 302,48
4 580,00	1 707,72	1 740,77	2 021,22	1 327,45	1 303,64
4 585,00	1 709,01	1 742,06	2 022,87	1 328,68	1 304,86
4 590,00	1 710,30	1 743,34	2 024,65	1 329,85	1 306,09
4 595,00	1 711,58	1 744,69	2 026,30	1 331,07	1 307,31
4 600,00	1 712,87	1 745,98	2 028,09	1 332,30	1 308,55
4 605,00	1 714,16	1 747,27	2 029,74	1 333,52	1 309,71

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
4 610,00	1 715,39	1 748,61	2 031,53	1 334,75	1 310,93
4 615,00	1 716,67	1 749,90	2 033,19	1 335,92	1 312,16
4 620,00	1 717,96	1 751,19	2 034,96	1 337,14	1 313,39
4 625,00	1 719,25	1 752,48	2 036,62	1 338,37	1 314,61
4 630,00	1 720,54	1 753,84	2 038,40	1 339,60	1 315,78
4 635,00	1 721,76	1 755,05	2 040,06	1 340,82	1 317,01
4 640,00	1 723,05	1 756,41	2 041,71	1 341,98	1 318,23
4 645,00	1 724,34	1 757,70	2 043,50	1 343,22	1 319,46
4 650,00	1 725,63	1 758,99	2 045,16	1 344,43	1 320,68
4 655,00	1 726,91	1 760,28	2 046,93	1 345,67	1 321,85
4 660,00	1 728,15	1 761,56	2 048,59	1 346,89	1 323,08
4 665,00	1 729,43	1 762,85	2 050,24	1 348,05	1 324,30
4 670,00	1 730,72	1 764,14	2 052,03	1 349,29	1 325,53
4 675,00	1 732,01	1 765,43	2 053,68	1 350,50	1 326,76
4 680,00	1 733,23	1 766,72	2 055,47	1 351,74	1 327,92
4 685,00	1 734,52	1 768,00	2 057,13	1 352,97	1 329,15
4 690,00	1 735,75	1 769,29	2 058,78	1 354,13	1 330,37
4 695,00	1 737,04	1 770,58	2 060,56	1 355,35	1 331,60
4 700,00	1 738,32	1 771,87	2 062,21	1 356,58	1 332,83
4 705,00	1 739,55	1 773,16	2 063,87	1 357,80	1 333,99
4 710,00	1 740,84	1 774,44	2 065,65	1 359,04	1 335,22
4 715,00	1 742,06	1 775,73	2 067,31	1 360,20	1 336,44
4 720,00	1 743,35	1 777,02	2 068,97	1 361,42	1 337,67
4 725,00	1 744,64	1 778,31	2 070,75	1 362,65	1 338,90
4 730,00	1 745,86	1 779,60	2 072,41	1 363,88	1 340,06
4 735,00	1 747,15	1 780,88	2 074,18	1 365,11	1 341,29
4 740,00	1 748,38	1 782,17	2 075,84	1 366,27	1 342,51
4 745,00	1 749,67	1 783,39	2 077,50	1 367,50	1 343,74
4 750,00	1 750,89	1 784,68	2 079,28	1 368,72	1 344,97
4 755,00	1 752,18	1 785,97	2 080,94	1 369,95	1 346,13
4 760,00	1 753,47	1 787,20	2 082,60	1 371,17	1 347,36
4 765,00	1 754,70	1 788,49	2 084,38	1 372,34	1 348,58
4 770,00	1 755,99	1 789,77	2 086,04	1 373,57	1 349,81
4 775,00	1 757,27	1 791,06	2 087,69	1 374,79	1 351,04
4 780,00	1 758,51	1 792,35	2 089,47	1 376,02	1 352,20
4 785,00	1 759,79	1 793,58	2 091,12	1 377,25	1 353,43
4 790,00	1 761,01	1 794,86	2 092,78	1 378,41	1 354,65
4 795,00	1 762,30	1 796,15	2 094,44	1 379,64	1 355,88
4 800,00	1 763,53	1 797,38	2 096,22	1 380,86	1 357,11
4 805,00	1 764,82	1 798,66	2 097,88	1 382,09	1 358,27
4 810,00	1 766,11	1 799,89	2 099,54	1 383,32	1 359,50
4 815,00	1 767,33	1 801,18	2 101,20	1 384,48	1 360,72
4 820,00	1 768,62	1 802,41	2 102,98	1 385,71	1 361,96
4 825,00	1 769,85	1 803,70	2 104,63	1 386,93	1 363,18

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
4 830,00	1 771,13	1 804,92	2 106,29	1 388,16	1 364,34
4 835,00	1 772,42	1 806,20	2 108,06	1 389,39	1 365,57
4 840,00	1 773,65	1 807,49	2 109,72	1 390,55	1 366,79
4 845,00	1 774,93	1 808,72	2 111,38	1 391,78	1 368,02
4 850,00	1 776,22	1 810,01	2 113,04	1 393,00	1 369,25
4 855,00	1 777,45	1 811,24	2 114,82	1 394,23	1 370,41
4 860,00	1 778,74	1 812,52	2 116,48	1 395,46	1 371,64
4 865,00	1 779,96	1 813,81	2 118,14	1 396,62	1 372,86
4 870,00	1 781,25	1 815,04	2 119,80	1 397,85	1 374,09
4 875,00	1 782,48	1 816,33	2 121,57	1 399,07	1 375,33
4 880,00	1 783,77	1 817,56	2 123,23	1 400,30	1 376,49
4 885,00	1 785,06	1 818,85	2 124,89	1 401,53	1 377,71
4 890,00	1 786,28	1 820,13	2 126,55	1 402,70	1 378,94
4 895,00	1 787,57	1 821,36	2 128,32	1 403,92	1 380,16
4 900,00	1 788,86	1 822,65	2 129,98	1 405,15	1 381,39
4 905,00	1 790,08	1 823,93	2 131,64	1 406,37	1 382,56
4 910,00	1 791,37	1 825,16	2 133,29	1 407,60	1 383,78
4 915,00	1 792,60	1 826,45	2 134,95	1 408,76	1 385,01
4 920,00	1 793,89	1 827,67	2 136,61	1 409,99	1 386,24
4 925,00	1 795,12	1 828,96	2 138,40	1 411,21	1 387,46
4 930,00	1 796,40	1 830,19	2 140,05	1 412,45	1 388,63
4 935,00	1 797,69	1 831,48	2 141,71	1 413,67	1 389,86
4 940,00	1 798,92	1 832,77	2 143,37	1 414,83	1 391,08
4 945,00	1 800,20	1 833,99	2 145,02	1 416,07	1 392,31
4 950,00	1 801,49	1 835,27	2 146,80	1 417,28	1 393,53
4 955,00	1 802,72	1 836,56	2 148,46	1 418,52	1 394,69
4 960,00	1 804,01	1 837,79	2 150,12	1 419,74	1 395,93
4 965,00	1 805,29	1 839,08	2 151,78	1 420,90	1 397,14
4 970,00	1 806,53	1 840,31	2 153,43	1 422,13	1 398,38
4 975,00	1 807,74	1 841,60	2 155,09	1 423,35	1 399,61
4 980,00	1 809,03	1 842,82	2 156,87	1 424,58	1 400,77
4 985,00	1 810,32	1 844,11	2 158,52	1 425,82	1 402,00
4 990,00	1 811,55	1 845,40	2 160,18	1 426,98	1 403,22
4 995,00	1 812,84	1 846,62	2 161,84	1 428,20	1 404,45
5 000,00	1 814,13	1 847,91	2 163,50	1 429,43	1 405,68
5 005,00	1 815,35	1 849,20	2 165,15	1 430,65	1 406,84
5 010,00	1 816,64	1 850,43	2 166,93	1 431,89	1 408,06
5 015,00	1 817,93	1 851,72	2 168,59	1 433,05	1 409,29
5 020,00	1 819,15	1 853,01	2 170,25	1 434,27	1 410,52
5 025,00	1 820,38	1 854,22	2 171,90	1 435,50	1 411,75
5 030,00	1 821,67	1 855,46	2 173,56	1 436,73	1 412,91
5 035,00	1 822,95	1 856,74	2 175,22	1 437,95	1 414,14
5 040,00	1 824,19	1 858,03	2 176,88	1 439,12	1 415,36
5 045,00	1 825,47	1 859,26	2 178,53	1 440,35	1 416,59

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
5 050,00	1 826,76	1 860,55	2 180,19	1 441,57	1 417,82
5 055,00	1 827,98	1 861,84	2 181,85	1 442,80	1 418,98
5 060,00	1 829,27	1 863,06	2 183,64	1 444,02	1 420,21
5 065,00	1 830,56	1 864,35	2 185,29	1 445,19	1 421,43
5 070,00	1 831,79	1 865,63	2 186,95	1 446,42	1 422,66
5 075,00	1 833,08	1 866,87	2 188,61	1 447,64	1 423,89
5 080,00	1 834,31	1 868,09	2 190,27	1 448,87	1 425,05
5 085,00	1 835,60	1 869,38	2 191,92	1 450,10	1 426,28
5 090,00	1 836,81	1 870,67	2 193,58	1 451,26	1 427,50
5 095,00	1 838,10	1 871,89	2 195,24	1 452,49	1 428,73
5 100,00	1 839,39	1 873,18	2 196,89	1 453,71	1 429,96
5 105,00	1 840,62	1 874,47	2 198,55	1 454,94	1 431,12
5 110,00	1 841,91	1 875,69	2 200,21	1 456,17	1 432,35
5 115,00	1 843,20	1 876,98	2 201,86	1 457,33	1 433,57
5 120,00	1 844,42	1 878,27	2 203,52	1 458,56	1 434,80
5 125,00	1 845,71	1 879,50	2 205,29	1 459,78	1 436,03
5 130,00	1 846,94	1 880,79	2 206,95	1 461,01	1 437,19
5 135,00	1 848,22	1 882,01	2 208,49	1 462,24	1 438,42
5 140,00	1 849,45	1 883,29	2 210,15	1 463,40	1 439,64
5 145,00	1 850,74	1 884,53	2 211,80	1 464,63	1 440,87
5 150,00	1 852,03	1 885,81	2 213,46	1 465,85	1 442,10
5 155,00	1 853,26	1 887,10	2 215,12	1 467,08	1 443,26
5 160,00	1 854,55	1 888,33	2 216,89	1 468,31	1 444,49
5 165,00	1 855,76	1 889,62	2 218,55	1 469,47	1 445,71
5 170,00	1 857,05	1 890,84	2 220,21	1 470,70	1 446,94
5 175,00	1 858,34	1 892,13	2 221,87	1 471,92	1 448,17
5 180,00	1 859,57	1 893,42	2 223,52	1 473,15	1 449,34
5 185,00	1 860,86	1 894,65	2 225,18	1 474,38	1 450,56
5 190,00	1 862,08	1 895,94	2 226,84	1 475,54	1 451,79
5 195,00	1 863,37	1 897,16	2 228,50	1 476,77	1 453,01
5 200,00	1 864,66	1 898,45	2 230,15	1 477,99	1 454,24
5 205,00	1 865,89	1 899,74	2 231,81	1 479,22	1 455,41
5 210,00	1 867,17	1 900,96	2 233,47	1 480,45	1 456,63
5 215,00	1 868,41	1 902,25	2 235,13	1 481,61	1 457,86
5 220,00	1 869,69	1 903,48	2 236,78	1 482,84	1 459,09
5 225,00	1 870,98	1 904,76	2 238,44	1 484,06	1 460,31
5 230,00	1 872,21	1 906,05	2 240,10	1 485,30	1 461,47
5 235,00	1 873,49	1 907,28	2 241,64	1 486,52	1 462,71
5 240,00	1 874,78	1 908,57	2 243,30	1 487,68	1 463,92
5 245,00	1 876,01	1 909,79	2 244,95	1 488,91	1 465,16
5 250,00	1 877,30	1 911,08	2 246,61	1 490,13	1 466,38
5 255,00	1 878,52	1 912,37	2 248,27	1 491,36	1 467,54
5 260,00	1 879,81	1 913,60	2 249,93	1 492,59	1 468,78
5 265,00	1 881,04	1 914,89	2 251,58	1 493,75	1 469,99

Bisheriges Arbeitsentgelt Monat bis Euro gerundet:	Mindestnettobetrag in Steuerklasse				
	I/IV	II	III	V	VI
5 270,00	1 882,33	1 916,11	2 253,24	1 494,98	1 471,23
5 275,00	1 883,62	1 917,40	2 254,90	1 496,20	1 472,46
5 280,00	1 884,83	1 918,69	2 256,56	1 497,43	1 473,62
5 285,00	1 886,12	1 919,91	2 258,21	1 498,67	1 474,84
5 290,00	1 887,41	1 921,20	2 259,87	1 499,83	1 476,07
5 295,00	1 888,64	1 922,49	2 261,53	1 501,05	1 477,29
5 300,00	1 889,93	1 923,71	2 263,06	1 502,28	1 478,53
und mehr					

**Verordnung
über die pauschalierten Nettoentgelte für das Kurzarbeitergeld für das Jahr 2008**

Vom 19. Dezember 2007

Auf Grund des § 182 Abs. 1 Nr. 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), der zuletzt durch Artikel 1 Nr. 14 Buchstabe a und b des Gesetzes vom 24. April 2006 (BGBl. I S. 926) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Für das Jahr 2008 ergeben sich die pauschalierten Nettoentgelte für das Kurzarbeitergeld aus der dieser Verordnung als Anlage beigefügten Tabelle.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Berlin, den 19. Dezember 2007

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Olaf Scholz

Anlage
(zu § 1)**Pauschalisiertes Nettoentgelt**

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschalisiertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
20,-	1	15,80	15,80	15,80	15,80	12,80
20,-	2	20,00	20,00	20,00	20,00	17,00
40,-	1	31,60	31,60	31,60	31,60	25,60
40,-	2	40,00	40,00	40,00	40,00	34,00
60,-	1	47,40	47,40	47,40	47,40	38,40
60,-	2	60,00	60,00	60,00	60,00	51,00
80,-	1	63,20	63,20	63,20	62,70	51,20
80,-	2	80,00	80,00	80,00	79,50	68,00
100,-	1	79,00	79,00	79,00	75,50	64,00
100,-	2	100,00	100,00	100,00	96,50	85,00
120,-	1	94,80	94,80	94,80	88,30	76,80
120,-	2	120,00	120,00	120,00	113,50	102,00
140,-	1	110,60	110,60	110,60	101,10	89,60
140,-	2	140,00	140,00	140,00	130,50	119,00
160,-	1	126,40	126,40	126,40	113,90	102,40
160,-	2	160,00	160,00	160,00	147,50	136,00
180,-	1	142,20	142,20	142,20	126,70	115,20
180,-	2	180,00	180,00	180,00	164,50	153,00
200,-	1	158,00	158,00	158,00	139,50	128,00
200,-	2	200,00	200,00	200,00	181,50	170,00
220,-	1	173,80	173,80	173,80	152,30	140,80
220,-	2	220,00	220,00	220,00	198,50	187,00
240,-	1	189,60	189,60	189,60	165,10	153,60
240,-	2	240,00	240,00	240,00	215,50	204,00
260,-	1	205,40	205,40	205,40	177,90	166,40
260,-	2	260,00	260,00	260,00	232,50	221,00
280,-	1	221,20	221,20	221,20	190,70	179,20
280,-	2	280,00	280,00	280,00	249,50	238,00
300,-	1	237,00	237,00	237,00	203,50	192,00
300,-	2	300,00	300,00	300,00	266,50	255,00
320,-	1	252,80	252,80	252,80	216,30	204,80
320,-	2	320,00	320,00	320,00	283,50	272,00
340,-	1	268,60	268,60	268,60	229,10	217,60
360,-	1	284,40	284,40	284,40	241,90	230,40
380,-	1	300,20	300,20	300,20	254,70	243,20

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschalisiertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
400,—	1	316,00	316,00	316,00	267,50	256,00
420,—	1	331,80	331,80	331,80	280,30	268,80
440,—	1	347,60	347,60	347,60	293,10	281,60
460,—	1	363,40	363,40	363,40	305,90	294,40
480,—	1	379,20	379,20	379,20	318,70	307,20
500,—	1	395,00	395,00	395,00	331,50	320,00
520,—	1	410,80	410,80	410,80	344,30	332,80
540,—	1	426,60	426,60	426,60	357,10	345,60
560,—	1	442,40	442,40	442,40	369,90	357,80
580,—	1	458,20	458,20	458,20	382,70	370,00
600,—	1	474,00	474,00	474,00	395,50	382,20
620,—	1	489,80	489,80	489,80	408,20	394,40
640,—	1	505,60	505,60	505,60	420,40	406,60
660,—	1	521,40	521,40	521,40	432,60	418,80
680,—	1	537,20	537,20	537,20	444,80	431,00
700,—	1	553,00	553,00	553,00	457,00	443,20
720,—	1	568,80	568,80	568,80	469,20	455,40
740,—	1	584,60	584,60	584,60	481,40	467,60
760,—	1	600,40	600,40	600,40	493,60	480,13
780,—	1	616,20	616,20	616,20	505,80	486,97
800,—	1	632,00	632,00	632,00	518,00	493,89
820,—	1	647,80	647,80	647,80	530,20	500,81
840,—	1	663,60	663,60	663,60	541,75	507,73
860,—	1	679,40	679,40	679,40	548,68	514,74
880,—	1	695,20	695,20	695,20	555,60	521,66
900,—	1	710,75	711,00	711,00	562,51	528,58
920,—	1	724,14	726,80	726,80	569,53	535,50
940,—	1	737,44	742,60	742,60	576,44	542,42
960,—	1	750,74	758,40	758,40	583,37	549,43
980,—	1	763,95	774,20	774,20	590,29	556,35
1 000,—	1	777,09	790,00	790,00	597,20	563,27
1 020,—	1	790,14	805,80	805,80	604,22	570,19
1 040,—	1	802,52	820,35	821,60	611,13	577,11
1 060,—	1	814,90	833,15	837,40	618,06	584,12
1 080,—	1	827,12	845,87	853,20	624,98	591,04
1 100,—	1	839,34	858,50	869,00	631,89	597,96
1 120,—	1	851,39	870,97	884,80	638,91	605,76
1 140,—	1	863,44	883,44	900,60	645,82	614,17

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschaliertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1 160,—	1	875,32	895,82	916,40	652,75	622,59
1 180,—	1	887,20	908,12	932,20	659,67	630,83
1 200,—	1	898,92	920,34	948,00	667,73	639,25
1 220,—	1	910,64	932,47	963,80	676,15	647,66
1 240,—	1	922,19	944,52	979,60	684,56	656,08
1 260,—	1	933,74	956,49	995,40	692,80	664,49
1 280,—	1	945,12	968,37	1 011,20	701,21	672,91
1 300,—	1	956,50	980,17	1 027,00	709,63	681,49
1 320,—	1	967,80	991,89	1 042,80	718,04	690,09
1 340,—	1	978,44	1 003,10	1 058,60	726,46	698,68
1 360,—	1	987,70	1 013,82	1 074,40	735,05	707,26
1 380,—	1	996,81	1 024,54	1 090,20	743,64	715,86
1 400,—	1	1 005,91	1 035,09	1 106,00	752,05	724,45
1 420,—	1	1 014,91	1 045,47	1 121,80	760,65	733,22
1 440,—	1	1 023,90	1 055,61	1 137,60	769,24	741,98
1 460,—	1	1 033,13	1 064,71	1 153,40	777,82	750,57
1 480,—	1	1 042,87	1 073,80	1 169,20	786,42	759,17
1 500,—	1	1 052,60	1 082,81	1 185,00	795,36	767,58
1 520,—	1	1 062,25	1 091,81	1 200,80	803,96	776,00
1 540,—	1	1 071,90	1 100,80	1 216,60	812,54	784,41
1 560,—	1	1 082,07	1 110,82	1 232,40	821,13	792,83
1 580,—	1	1 092,69	1 121,52	1 248,20	829,73	801,24
1 600,—	1	1 103,30	1 132,31	1 264,00	837,96	809,48
1 620,—	1	1 113,82	1 143,01	1 279,80	846,38	817,89
1 640,—	1	1 124,43	1 153,62	1 295,60	854,97	825,96
1 660,—	1	1 134,96	1 164,33	1 311,40	863,21	834,02
1 680,—	1	1 145,48	1 174,94	1 327,20	871,44	842,08
1 700,—	1	1 155,92	1 185,55	1 343,00	879,69	850,15
1 720,—	1	1 166,45	1 196,17	1 356,47	887,93	858,39
1 740,—	1	1 176,89	1 206,69	1 369,77	895,99	866,27
1 760,—	1	1 187,32	1 217,30	1 383,24	904,23	874,16
1 780,—	1	1 197,67	1 227,83	1 396,54	912,12	882,05
1 800,—	1	1 208,02	1 238,27	1 409,67	920,18	889,94
1 820,—	1	1 218,46	1 248,79	1 422,97	928,07	897,64
1 840,—	1	1 228,81	1 259,22	1 436,27	935,96	905,36
1 860,—	1	1 239,07	1 269,66	1 449,40	943,85	913,07
1 880,—	1	1 249,33	1 280,10	1 462,54	951,73	920,78
1 900,—	1	1 259,59	1 290,45	1 475,67	959,44	928,14

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschaliertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1 920,-	1	1 269,85	1 300,79	1 488,80	967,33	935,86
1 940,-	1	1 280,11	1 311,23	1 501,94	974,87	943,22
1 960,-	1	1 290,29	1 321,50	1 515,07	982,40	950,75
1 980,-	1	1 300,45	1 331,84	1 528,04	990,12	958,11
2 000,-	1	1 310,63	1 342,10	1 541,00	997,64	965,65
2 020,-	1	1 320,81	1 352,36	1 553,97	1 005,18	972,83
2 040,-	1	1 330,89	1 362,62	1 566,94	1 012,54	980,19
2 060,-	1	1 341,07	1 372,89	1 579,24	1 019,90	987,38
2 080,-	1	1 351,06	1 383,06	1 591,37	1 027,44	994,56
2 100,-	1	1 361,15	1 393,24	1 603,67	1 034,62	1 001,57
2 120,-	1	1 371,14	1 403,32	1 615,80	1 041,80	1 008,75
2 140,-	1	1 381,23	1 413,50	1 627,94	1 049,16	1 015,76
2 160,-	1	1 391,22	1 423,58	1 639,90	1 056,36	1 022,86
2 180,-	1	1 401,14	1 433,66	1 652,04	1 063,36	1 029,78
2 200,-	1	1 411,13	1 443,75	1 664,00	1 070,37	1 036,79
2 220,-	1	1 421,05	1 453,84	1 675,80	1 077,55	1 043,71
2 240,-	1	1 430,95	1 463,83	1 687,77	1 084,56	1 050,62
2 260,-	1	1 440,78	1 473,83	1 699,74	1 091,57	1 057,55
2 280,-	1	1 450,68	1 483,83	1 711,54	1 098,49	1 064,47
2 300,-	1	1 460,51	1 493,74	1 723,34	1 105,41	1 071,48
2 320,-	1	1 470,33	1 503,74	1 734,97	1 112,33	1 078,40
2 340,-	1	1 480,15	1 513,64	1 746,77	1 119,25	1 085,31
2 360,-	1	1 489,88	1 523,56	1 758,40	1 126,26	1 092,24
2 380,-	1	1 499,61	1 533,37	1 770,04	1 133,18	1 099,16
2 400,-	1	1 509,35	1 543,20	1 781,67	1 140,10	1 106,17
2 420,-	1	1 519,08	1 553,10	1 793,14	1 147,02	1 113,09
2 440,-	1	1 528,73	1 562,93	1 804,60	1 153,94	1 120,00
2 460,-	1	1 538,38	1 572,67	1 816,07	1 160,95	1 126,93
2 480,-	1	1 548,02	1 582,40	1 827,54	1 167,87	1 133,85
2 500,-	1	1 557,67	1 592,22	1 838,84	1 174,79	1 140,86
2 520,-	1	1 567,22	1 601,87	1 850,14	1 181,71	1 147,78
2 540,-	1	1 576,87	1 611,60	1 861,60	1 188,63	1 154,69
2 560,-	1	1 586,43	1 621,24	1 872,74	1 195,64	1 161,62
2 580,-	1	1 595,90	1 630,89	1 884,04	1 202,56	1 168,54
2 600,-	1	1 605,46	1 640,54	1 895,17	1 209,48	1 175,55
2 620,-	1	1 614,93	1 650,18	1 906,00	1 216,40	1 182,47
2 640,-	1	1 624,40	1 659,74	1 916,21	1 223,32	1 189,38
2 660,-	1	1 633,87	1 669,38	1 926,01	1 230,33	1 196,31

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschaliertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
2 680,-	1	1 643,25	1 678,85	1 935,21	1 237,25	1 203,23
2 700,-	1	1 652,72	1 688,42	1 944,21	1 244,17	1 210,24
2 720,-	1	1 662,10	1 697,89	1 953,20	1 251,09	1 217,16
2 740,-	1	1 671,39	1 707,36	1 962,40	1 258,01	1 224,07
2 760,-	1	1 680,78	1 716,83	1 971,21	1 265,02	1 231,00
2 780,-	1	1 690,07	1 726,30	1 980,41	1 271,94	1 237,92
2 800,-	1	1 699,37	1 735,67	1 989,21	1 278,86	1 244,93
2 820,-	1	1 708,66	1 745,14	1 998,21	1 285,78	1 251,85
2 840,-	1	1 717,87	1 754,53	2 007,28	1 292,70	1 258,76
2 860,-	1	1 727,07	1 763,82	2 017,11	1 299,71	1 265,69
2 880,-	1	1 736,36	1 773,20	2 026,75	1 306,63	1 272,61
2 900,-	1	1 745,49	1 782,49	2 036,58	1 313,55	1 279,62
2 920,-	1	1 754,69	1 791,70	2 046,22	1 320,47	1 286,54
2 940,-	1	1 763,81	1 801,00	2 056,05	1 327,39	1 293,45
2 960,-	1	1 772,92	1 810,21	2 065,69	1 334,40	1 300,38
2 980,-	1	1 782,05	1 819,50	2 075,34	1 341,32	1 307,30
3 000,-	1	1 791,17	1 828,71	2 084,99	1 348,24	1 314,31
3 020,-	1	1 800,20	1 837,83	2 094,62	1 355,16	1 321,23
3 040,-	1	1 809,22	1 847,03	2 104,27	1 362,08	1 328,14
3 060,-	1	1 818,26	1 856,14	2 113,74	1 369,09	1 335,07
3 080,-	1	1 827,20	1 865,27	2 123,39	1 376,01	1 341,99
3 100,-	1	1 836,14	1 874,39	2 133,03	1 382,93	1 349,00
3 120,-	1	1 845,17	1 883,42	2 143,56	1 389,85	1 355,92
3 140,-	1	1 854,03	1 892,44	2 154,08	1 396,77	1 362,83
3 160,-	1	1 862,97	1 901,48	2 164,79	1 403,78	1 369,76
3 180,-	1	1 871,82	1 910,51	2 175,31	1 410,70	1 376,68
3 200,-	1	1 880,68	1 919,45	2 185,84	1 417,62	1 383,69
3 220,-	1	1 889,54	1 928,48	2 196,36	1 424,54	1 390,61
3 240,-	1	1 898,30	1 937,33	2 206,89	1 431,46	1 397,52
3 260,-	1	1 907,16	1 946,28	2 217,41	1 438,47	1 404,45
3 280,-	1	1 915,92	1 955,22	2 227,94	1 445,39	1 411,37
3 300,-	1	1 924,68	1 964,08	2 238,46	1 452,31	1 418,38
3 320,-	1	1 933,36	1 972,92	2 248,99	1 459,23	1 425,30
3 340,-	1	1 942,14	1 981,78	2 259,33	1 466,15	1 432,21
3 360,-	1	1 950,81	1 990,55	2 269,86	1 473,16	1 439,14
3 380,-	1	1 959,49	1 999,32	2 280,21	1 480,08	1 446,06
3 400,-	1	1 968,08	2 008,08	2 290,74	1 487,00	1 453,07
3 420,-	1	1 976,67	2 016,85	2 301,08	1 493,92	1 459,99

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschaliertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
3 440,—	1	1 985,35	2 025,62	2 311,61	1 500,84	1 466,90
3 460,—	1	1 993,85	2 034,30	2 321,95	1 507,85	1 473,83
3 480,—	1	2 002,44	2 042,98	2 332,31	1 514,77	1 480,75
3 500,—	1	2 011,04	2 051,66	2 342,84	1 521,69	1 487,76
3 520,—	1	2 019,45	2 060,24	2 353,18	1 528,61	1 494,68
3 540,—	1	2 027,95	2 068,83	2 363,53	1 535,53	1 501,59
3 560,—	1	2 036,45	2 077,43	2 373,88	1 542,54	1 508,52
3 580,—	1	2 044,87	2 086,01	2 384,23	1 549,46	1 515,44
3 600,—	1	2 053,38	2 094,52	2 394,57	1 556,38	1 522,45
3 620,—	1	2 061,79	2 103,11	2 404,75	1 563,30	1 529,37
3 640,—	1	2 070,11	2 111,62	2 415,10	1 570,22	1 536,28
3 660,—	1	2 078,44	2 120,12	2 425,45	1 577,23	1 543,21
3 680,—	1	2 086,86	2 128,53	2 435,80	1 584,15	1 550,13
3 700,—	1	2 095,09	2 136,95	2 445,98	1 591,07	1 557,14
3 720,—	1	2 103,42	2 145,36	2 456,32	1 597,99	1 564,06
3 740,—	1	2 111,66	2 153,78	2 466,50	1 604,91	1 570,97
3 760,—	1	2 119,99	2 162,19	2 476,84	1 611,92	1 577,90
3 780,—	1	2 128,23	2 170,52	2 487,02	1 618,84	1 584,82
3 800,—	1	2 136,38	2 178,84	2 497,19	1 625,76	1 591,83
3 820,—	1	2 144,62	2 187,17	2 507,36	1 632,68	1 598,75
3 840,—	1	2 152,77	2 195,41	2 517,71	1 639,60	1 605,66
3 860,—	1	2 160,83	2 203,74	2 527,89	1 646,61	1 612,59
3 880,—	1	2 168,98	2 211,97	2 538,06	1 653,53	1 619,51
3 900,—	1	2 177,13	2 220,22	2 548,23	1 660,45	1 626,52
3 920,—	1	2 185,20	2 228,37	2 558,41	1 667,37	1 633,44
3 940,—	1	2 193,27	2 236,52	2 568,40	1 674,29	1 640,35
3 960,—	1	2 201,32	2 244,76	2 578,58	1 681,30	1 647,28
3 980,—	1	2 209,31	2 252,82	2 588,75	1 688,22	1 654,20
4 000,—	1	2 217,28	2 260,98	2 598,92	1 695,14	1 661,21
4 020,—	1	2 225,25	2 269,03	2 608,92	1 702,06	1 668,13
4 040,—	1	2 233,23	2 277,10	2 619,10	1 708,98	1 675,04
4 060,—	1	2 241,12	2 285,17	2 629,10	1 715,99	1 681,97
4 080,—	1	2 249,01	2 293,14	2 639,26	1 722,91	1 688,89
4 100,—	1	2 256,89	2 301,20	2 649,26	1 729,83	1 695,90
4 120,—	1	2 264,78	2 309,18	2 659,26	1 736,75	1 702,82
4 140,—	1	2 272,57	2 317,15	2 669,43	1 743,67	1 709,73
4 160,—	1	2 280,46	2 325,13	2 679,43	1 750,68	1 716,66
4 180,—	1	2 288,27	2 333,02	2 689,43	1 757,60	1 723,58

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschaliertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
4 200,—	1	2 295,97	2 340,91	2 699,43	1 764,52	1 730,59
4 220,—	1	2 303,78	2 348,79	2 709,42	1 771,44	1 737,51
4 240,—	1	2 311,48	2 356,68	2 719,42	1 778,36	1 744,42
4 260,—	1	2 319,20	2 364,47	2 729,42	1 785,37	1 751,35
4 280,—	1	2 326,91	2 372,28	2 739,24	1 792,29	1 758,27
4 300,—	1	2 334,54	2 380,08	2 749,23	1 799,21	1 765,28
4 320,—	1	2 342,16	2 387,79	2 759,23	1 806,13	1 772,20
4 340,—	1	2 349,78	2 395,59	2 769,23	1 813,05	1 779,11
4 360,—	1	2 357,41	2 403,30	2 779,06	1 820,06	1 786,04
4 380,—	1	2 365,03	2 411,01	2 789,06	1 826,98	1 792,96
4 400,—	1	2 372,57	2 418,73	2 798,87	1 833,90	1 799,97
4 420,—	1	2 380,10	2 426,35	2 808,69	1 840,82	1 806,89
4 440,—	1	2 387,64	2 433,97	2 818,69	1 847,74	1 813,80
4 460,—	1	2 395,08	2 441,60	2 828,52	1 854,75	1 820,73
4 480,—	1	2 402,54	2 449,13	2 838,34	1 861,67	1 827,65
4 500,—	1	2 409,98	2 456,75	2 848,15	1 868,59	1 834,66
4 520,—	1	2 417,43	2 464,29	2 857,98	1 875,51	1 841,58
4 540,—	1	2 424,88	2 471,83	2 867,80	1 882,43	1 848,49
4 560,—	1	2 432,24	2 479,36	2 877,62	1 889,44	1 855,42
4 580,—	1	2 439,60	2 486,81	2 887,45	1 896,36	1 862,34
4 600,—	1	2 446,96	2 494,26	2 897,27	1 903,28	1 869,35
4 620,—	1	2 454,23	2 501,70	2 907,08	1 910,20	1 876,27
4 640,—	1	2 461,50	2 509,16	2 916,73	1 917,12	1 883,18
4 660,—	1	2 468,78	2 516,52	2 926,55	1 924,13	1 890,11
4 680,—	1	2 476,04	2 523,88	2 936,38	1 931,05	1 897,03
4 700,—	1	2 483,32	2 531,24	2 946,02	1 937,97	1 904,04
4 720,—	1	2 490,50	2 538,60	2 955,67	1 944,89	1 910,96
4 740,—	1	2 497,69	2 545,96	2 965,49	1 951,81	1 917,87
4 760,—	1	2 504,95	2 553,14	2 975,14	1 958,82	1 924,80
4 780,—	1	2 512,15	2 560,50	2 984,95	1 965,74	1 931,72
4 800,—	1	2 519,33	2 567,68	2 994,60	1 972,66	1 938,73
4 820,—	1	2 526,60	2 574,87	3 004,25	1 979,58	1 945,65
4 840,—	1	2 533,78	2 582,13	3 013,89	1 986,50	1 952,56
4 860,—	1	2 541,06	2 589,32	3 023,54	1 993,51	1 959,49
4 880,—	1	2 548,24	2 596,51	3 033,19	2 000,43	1 966,41
4 900,—	1	2 555,51	2 603,78	3 042,83	2 007,35	1 973,42
4 920,—	1	2 562,70	2 610,96	3 052,30	2 014,27	1 980,34
4 940,—	1	2 569,88	2 618,24	3 061,95	2 021,19	1 987,25

Brutto- arbeitsentgelt	Pauschaliertes Nettoentgelt nach § 179 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für die Berechnung des Kurzarbeitergeldes: 1. Für Beschäftigte, die Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben. 2. Für Beschäftigte, die keine Beiträge zur Sozialversicherung zu tragen haben (Geringverdiener).					
	Steuerklasse					
		I/IV	II	III	V	VI
monatlich						
Euro		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
4 960,—	1	2 577,15	2 625,42	3 071,60	2 028,20	1 994,18
4 980,—	1	2 584,33	2 632,60	3 081,24	2 035,12	2 001,10
5 000,—	1	2 591,61	2 639,87	3 090,71	2 042,04	2 008,11
5 020,—	1	2 598,79	2 647,15	3 100,36	2 048,96	2 015,03
5 040,—	1	2 605,98	2 654,33	3 109,83	2 055,88	2 021,94
5 060,—	1	2 613,24	2 661,51	3 119,48	2 062,89	2 028,87
5 080,—	1	2 620,44	2 668,70	3 128,95	2 069,81	2 035,79
5 100,—	1	2 627,70	2 675,97	3 138,42	2 076,73	2 042,80
5 120,—	1	2 634,89	2 683,24	3 147,89	2 083,65	2 049,72
5 140,—	1	2 642,07	2 690,42	3 157,36	2 090,57	2 056,63
5 160,—	1	2 649,35	2 697,61	3 166,99	2 097,58	2 063,56
5 180,—	1	2 656,53	2 704,88	3 176,46	2 104,50	2 070,48
5 200,—	1	2 663,80	2 712,07	3 185,93	2 111,42	2 077,49
5 220,—	1	2 670,99	2 719,25	3 195,40	2 118,34	2 084,41
5 240,—	1	2 678,26	2 726,53	3 204,71	2 125,26	2 091,32
5 260,—	1	2 685,44	2 733,71	3 214,18	2 132,27	2 098,25
5 280,—	1	2 692,62	2 740,98	3 223,65	2 139,19	2 105,17
5 300,—	1	2 699,90	2 748,16	3 232,94	2 146,11	2 112,18
und mehr						

**Verordnung
über die für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates
der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates
des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz
geltenden Voraussetzungen für die Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks
(EU/EWR-Handwerk-Verordnung – EU/EWR HwV)***

Vom 20. Dezember 2007

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074, 2006 I S. 2095), der durch Artikel 9a des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) neu gefasst worden ist, verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Abschnitt 1

Eintragung in die Handwerksrolle

§ 1

**Ausnahmebewilligung zur
Eintragung in die Handwerksrolle**

Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, die im Inland zur Ausübung eines Handwerks der Anlage A zur Handwerksordnung eine gewerbliche Niederlassung unterhalten oder als Betriebsleiterin oder Betriebsleiter tätig sein wollen, wird nach Maßgabe der folgenden Vorschriften auf Antrag eine Ausnahmebewilligung zur Eintragung in die Handwerksrolle nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 3 der Handwerksordnung für ein Handwerk der Anlage A zur Handwerksordnung erteilt. Die Möglichkeit einer Ausnahmebewilligung nach § 8 Abs. 1 der Handwerksordnung bleibt unberührt.

§ 2

Anerkennung von Berufserfahrung

(1) Eine Ausnahmebewilligung erhält, wer in dem betreffenden Gewerbe die notwendige Berufserfahrung im Sinne der Absätze 2 und 3 besitzt. Satz 1 gilt nicht für die in den Nummern 33 bis 37 der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführten Gewerbe.

(2) Die notwendige Berufserfahrung besitzen Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Ab-

kommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz zumindest eine wesentliche Tätigkeit des Gewerbes ausgeübt haben:

1. mindestens sechs Jahre ununterbrochen als Selbstständige oder als Betriebsverantwortliche, sofern die Tätigkeit nicht länger als zehn Jahre vor der Antragstellung beendet wurde,
2. mindestens drei Jahre ununterbrochen als Selbstständige oder als Betriebsverantwortliche, wenn eine mindestens dreijährige Ausbildung in der Tätigkeit vorangegangen ist,
3. mindestens vier Jahre ununterbrochen als Selbstständige oder als Betriebsverantwortliche, wenn eine mindestens zweijährige Ausbildung in der Tätigkeit vorangegangen ist,
4. mindestens drei Jahre ununterbrochen als Selbstständige und mindestens fünf Jahre als Arbeitnehmer, sofern die Tätigkeit nicht länger als zehn Jahre vor der Antragstellung beendet wurde, oder
5. mindestens fünf Jahre ununterbrochen in einer leitenden Stellung eines Unternehmens, von denen mindestens drei Jahre auf eine Tätigkeit mit technischen Aufgaben und mit der Verantwortung für mindestens eine Abteilung des Unternehmens entfallen müssen, und wenn außerdem eine mindestens dreijährige Ausbildung in der Tätigkeit stattgefunden hat. Dies gilt nicht für das Friseurgewerbe (Nummer 38 der Anlage A zur Handwerksordnung).

(3) Betriebsverantwortliche im Sinne des Absatzes 2 Nr. 1 bis 3 sind Personen, die in einem Unternehmen des entsprechenden Gewerbes tätig sind:

1. als Leiterin oder Leiter des Unternehmens oder einer Zweigniederlassung,
2. als Stellvertreterin oder Stellvertreter einer Inhaberin oder eines Inhabers oder einer Leiterin oder eines Leiters des Unternehmens, wenn mit dieser Stellung eine Verantwortung verbunden ist, die der vertretenen Person vergleichbar ist, oder
3. in leitender Stellung mit kaufmännischen oder technischen Aufgaben und mit der Verantwortung für mindestens eine Abteilung des Unternehmens.

*) Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1430/2007 der Kommission vom 5. Dezember 2007 (ABl. EU Nr. L 320 S. 3).

§ 3

**Anerkennung von
Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen**

(1) Die Ausnahmegewilligung wird vorbehaltlich der Anordnung von Ausgleichsmaßnahmen nach § 5 auch erteilt, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz die berufliche Qualifikation erworben hat, die dort Voraussetzung für die Ausübung zumindest einer wesentlichen Tätigkeit des betreffenden Gewerbes ist, sofern die berufliche Qualifikation der im Inland erforderlichen beruflichen Qualifikation gleichwertig ist, mindestens aber der Qualifikationsstufe nach Absatz 2 entspricht. Die berufliche Qualifikation muss durch die Vorlage eines Ausbildungs- oder Befähigungsnachweises nachgewiesen werden.

(2) Der mindestens erforderlichen Qualifikationsstufe entsprechen folgende Qualifikationen:

1. eine abgeschlossene Schulbildung an einer allgemeinbildenden weiterführenden Schule, die durch eine Fach- oder Berufsausbildung, ein neben dem Ausbildungsgang erforderliches Berufspraktikum oder eine solche Berufspraxis in der jeweiligen Tätigkeit ergänzt wird, oder
2. eine abgeschlossene Schulbildung an einer technischen oder berufsbildenden weiterführenden Schule, auch in Verbindung mit einer Fach- oder Berufsausbildung, einem neben dem Ausbildungsgang erforderlichen Berufspraktikum oder einer solchen Berufspraxis darin.

(3) Die Ausnahmegewilligung wird auch erteilt, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz, der für die Ausübung des betreffenden Gewerbes keine bestimmte berufliche Qualifikation voraussetzt, eine berufliche Qualifikation erworben hat, die mindestens der Qualifikationsstufe nach Absatz 2 entspricht, und dort zumindest eine wesentliche Tätigkeit des betreffenden Gewerbes als Vollzeitbeschäftigung über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren ausgeübt hat. Zeiten, die länger als zehn Jahre vor der Antragstellung liegen, bleiben unberücksichtigt. Die berufliche Qualifikation muss durch einen Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis nachgewiesen werden, der bescheinigt, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller fachlich auf die Ausübung des betreffenden Berufs vorbereitet wurde.

(4) Die Ausnahmegewilligung wird ferner erteilt, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller über folgende berufliche Qualifikation verfügt:

1. eine abgeschlossene Ausbildung, die in Anhang III der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1430/2007 der Kommission vom 5. Dezember 2007 (ABl. EU Nr. L 320 S. 3), in der jeweils gültigen Fassung aufgeführt ist, oder

2. eine sonstige in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz abgeschlossene staatlich geregelte Ausbildung im Sinne von Satz 2 und 3, die mindestens der Qualifikationsstufe nach Absatz 2 entspricht. Staatlich geregelt ist eine Ausbildung, die speziell auf die Ausübung eines bestimmten Berufs ausgerichtet ist und aus einem abgeschlossenen Ausbildungsgang besteht, auch in Verbindung mit einem Berufspraktikum oder Berufspraxis in der jeweiligen Tätigkeit. Der Aufbau und der Stand der Berufsausbildung, des Berufspraktikums oder der Berufspraxis müssen durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften festgelegt sein oder von einer zuständigen Behörde überwacht oder genehmigt werden.

§ 4

Gleichgestellte Ausbildungen

(1) Ausbildungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz abgeschlossen wurden, sind den in § 3 genannten beruflichen Qualifikationen gleichgestellt, wenn sie von diesem Staat im Hinblick auf die jeweilige Tätigkeit als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung eines Berufs dieselben Rechte verleihen. Die Gleichstellung gilt auch in Bezug auf die Qualifikationsstufe. Dasselbe gilt, wenn eine Ausbildung in dem Staat, in dem sie durchgeführt wurde, aus Gründen des Bestandsschutzes auch dann zur Ausübung eines Berufs berechtigt, wenn die Qualifikation nicht oder nicht mehr den derzeitigen Anforderungen dieses Staates entspricht.

(2) In anderen Staaten durchgeführte Ausbildungen sind den in § 3 genannten beruflichen Qualifikationen gleichgestellt, wenn

1. ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union, ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder die Schweiz der Antragstellerin oder dem Antragsteller aufgrund einer solchen Ausbildung die Ausübung eines Berufs gestattet hat, für den dieser Staat eine bestimmte Qualifikation voraussetzt, und
2. die Antragstellerin oder der Antragsteller diesen Beruf mindestens drei Jahre lang auf dem Gebiet des betreffenden Staates ausgeübt hat.

§ 5

Ausgleichsmaßnahmen

(1) Die zuständige Behörde kann von der Antragstellerin oder vom Antragsteller vor der Erteilung einer Ausnahmegewilligung als Ausgleichsmaßnahme die Teilnahme an einem höchstens dreijährigen Anpassungslehrgang oder das Ablegen einer Eignungsprüfung verlangen, wenn

1. die nachgewiesene Ausbildungsdauer mindestens ein Jahr unter der im Inland geforderten Ausbildungsdauer liegt,
2. die bisherige Ausbildung der Antragstellerin oder des Antragstellers sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch eine

inländische Meisterprüfung in dem entsprechenden Handwerk abgedeckt werden, oder

3. das Gewerbe, für das eine Ausnahmegewilligung beantragt wird, im Inland wesentliche Tätigkeiten umfasst, die im Herkunftsstaat der Antragstellerin oder des Antragstellers nicht Bestandteil des entsprechenden Berufs sind, und wenn dieser Unterschied in einer besonderen Ausbildung besteht, die im Inland erforderlich ist und sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch den vorgelegten Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis abgedeckt werden.

(2) Ausgleichsmaßnahmen werden nicht angeordnet

1. im Fall des § 2,
2. wenn die von der Antragstellerin oder dem Antragsteller im Rahmen der Berufserfahrung erworbenen Kenntnisse geeignet sind, die in Absatz 1 Nr. 2 und 3 genannten Unterschiede auszugleichen, oder
3. wenn die berufliche Qualifikation den Anforderungen entspricht, die nach Artikel 15 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG auf der Grundlage gemeinsamer Plattformen von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft beschlossen worden sind.

§ 6

Anerkennungsverfahren und Fristen

(1) Die zuständige Behörde kann von der Antragstellerin oder vom Antragsteller insbesondere folgende Unterlagen und Bescheinigungen verlangen:

1. einen Nachweis der Staatsangehörigkeit,
2. in den in den §§ 2 und 3 Abs. 3 genannten Fällen eine Bescheinigung über Art und Dauer der Tätigkeit, die von der zuständigen Behörde oder Einrichtung des Herkunftsstaates ausgestellt wird,
3. in den in § 2 Abs. 2 Nr. 2, 3 und 5 genannten Fällen eine Bescheinigung der Ausbildung durch ein staatlich anerkanntes Zeugnis oder die Anerkennung der Ausbildung durch eine zuständige Berufsorganisation des Herkunftsstaates,
4. in den in den §§ 3 und 4 genannten Fällen eine beglaubigte Kopie des Befähigungs- oder Ausbildungsnachweises, der von der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates ausgestellt wurde,
5. in den in § 4 Abs. 2 genannten Fällen eine Bescheinigung der Berufserfahrung durch die zuständige Behörde des Staates, der die Ausübung des Berufs gestattet hat, und
6. Unterlagen, die von der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates ausgestellt wurden und die belegen, dass die Ausübung des Gewerbes nicht wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden ist. Werden im Herkunftsstaat die vorgenannten Unterlagen nicht ausgestellt, können sie durch eine Versicherung an Eides statt oder in Staaten, in denen es eine solche nicht gibt, durch eine feierliche Erklärung ersetzt werden, die die Antragstellerin oder der Antragsteller vor einer zuständigen Behörde, einem Notar oder einer entsprechend bevollmächtigten Berufsorganisation des Herkunftsstaates abgegeben hat und die durch diese Stelle bescheinigt wurde. Die Unterlagen dürfen bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein.

(2) Die Antragstellerin oder der Antragsteller kann aufgefordert werden, Informationen zu ihrer oder seiner Ausbildung vorzulegen, soweit dies erforderlich ist um festzustellen, ob diese im Sinne von § 5 Abs. 1 von der im Inland geforderten Ausbildung erheblich abweicht. Ferner kann sich die zuständige Behörde an die Kontaktstelle oder die zuständige Behörde oder Stelle des Herkunftsstaates wenden, um erforderliche Informationen zu ihrer oder seiner Ausbildung zu erlangen.

(3) Die zuständige Behörde bestätigt der Antragstellerin oder dem Antragsteller binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt dabei mit, ob Unterlagen fehlen. Spätestens drei Monate nach Einreichung der vollständigen Unterlagen muss zu einem Antrag nach den §§ 2 bis 4 eine Entscheidung ergangen sein. Diese Frist kann in begründeten Fällen um einen Monat verlängert werden. Bestehen Zweifel an der Echtheit der vorgelegten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise oder an den dadurch verliehenen Rechten, kann die zuständige Behörde durch Nachfrage bei der zuständigen Behörde oder Stelle des Herkunftsstaates die Echtheit oder die dadurch verliehenen Rechte überprüfen; der Fristablauf ist so lange gehemmt.

Abschnitt 2

Grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen

§ 7

Voraussetzungen der Dienstleistungserbringung

(1) Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, die im Inland keine gewerbliche Niederlassung unterhalten, ist die vorübergehende und gelegentliche Erbringung von Dienstleistungen in einem Handwerk der Anlage A zur Handwerksordnung gestattet, wenn sie in einem dieser Staaten zur Ausübung vergleichbarer Tätigkeiten rechtmäßig niedergelassen sind. Setzt der Niederlassungsstaat für die Ausübung der betreffenden Tätigkeiten keine bestimmte berufliche Qualifikation voraus und gibt es dort auch keine staatlich geregelte Ausbildung im Sinne von § 3 Abs. 4 Nr. 2 für die Tätigkeiten, dann gilt Satz 1 nur, wenn die Tätigkeiten mindestens zwei Jahre lang im Niederlassungsstaat ausgeübt worden sind und nicht länger als zehn Jahre zurückliegen.

(2) Sollen erstmalig in einem Handwerk der Nummern 12 oder 33 bis 37 der Anlage A zur Handwerksordnung im Inland Dienstleistungen erbracht werden, kann die zuständige Behörde vor der Dienstleistungserbringung die Berufsqualifikation der Dienstleistungserbringerin oder des Dienstleistungserbringers nachprüfen, wenn unter Berücksichtigung der konkret beabsichtigten Tätigkeit bei unzureichender Qualifikation eine schwere Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit der Dienstleistungsempfänger bestünde.

§ 8

Anzeige vor Dienstleistungserbringung

(1) Die Dienstleistungserbringerin oder der Dienstleistungserbringer muss der zuständigen Behörde die beabsichtigte Erbringung einer Dienstleistung vor dem

erstmaligen Tätigwerden schriftlich anzeigen und dabei das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 7 Abs. 1 durch Unterlagen nachweisen. Die örtliche Zuständigkeit für die Anzeige richtet sich nach dem Ort der erstmaligen Dienstleistungserbringung.

(2) Liegen die Voraussetzungen nach § 7 Abs. 1 vor, darf die Dienstleistung vorbehaltlich von Satz 2 sofort nach der Anzeige erbracht werden. Dienstleistungen in einem Handwerk der Nummern 12 oder 33 bis 37 der Anlage A zur Handwerksordnung dürfen erst erbracht werden, wenn die Behörde entweder mitgeteilt hat, dass keine Nachprüfung der Berufsqualifikation nach § 7 Abs. 2 beabsichtigt ist, oder wenn eine ausreichende Berufsqualifikation festgestellt wurde. § 9 Abs. 3 bleibt unberührt.

(3) Die zuständige Behörde erteilt eine Eingangsbestätigung, aus der hervorgeht, ob die Voraussetzungen nach § 7 Abs. 1 vorliegen und ob im Fall des § 7 Abs. 2 die Berufsqualifikation der Dienstleistungserbringerin oder des Dienstleistungserbringers nachgeprüft wird. Die Eingangsbestätigung soll innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige und der vollständigen Unterlagen erteilt werden. § 6 Abs. 3 Satz 4 gilt entsprechend.

(4) Tritt eine wesentliche Änderung von Umständen ein, die die Voraussetzungen für die Dienstleistungserbringung betreffen, ist die Änderung schriftlich anzuzeigen und das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 7 durch Unterlagen nachzuweisen. Ansonsten ist die Anzeige formlos alle zwölf Monate seit der letzten Anzeige zu wiederholen, solange die weitere Erbringung von Dienstleistungen beabsichtigt ist.

§ 9

Nachprüfung der Berufsqualifikation

(1) Wird die Berufsqualifikation nach § 7 Abs. 2 nachgeprüft, soll die Dienstleistungserbringerin oder der Dienstleistungserbringer innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige und der vollständigen Unterlagen über das Ergebnis unterrichtet werden. Bei einer Verzögerung unterrichtet die zuständige Behörde die Dienstleistungserbringerin oder den Dienstleistungserbringer über die Gründe für die Verzögerung und über den Zeitplan für eine Entscheidung. In diesem Fall muss das Ergebnis der Nachprüfung spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Anzeige und der vollständigen Unterlagen mitgeteilt werden.

(2) Ergibt die Nachprüfung, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen der Berufsqualifikation der Dienstleistungserbringerin oder des Dienstleistungserbringers und der im Inland erforderlichen Ausbildung besteht, muss die zuständige Behörde der Dienstleistungserbringerin oder dem Dienstleistungserbringer innerhalb eines Monats nach der Unterrichtung über das Ergebnis der Nachprüfung Gelegenheit geben, die für eine ausreichende berufliche Qualifikation im Sinne von § 7 Abs. 2 erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten insbesondere durch eine Eignungsprüfung nachzuweisen. Werden zu einem späteren Zeitpunkt neue Unterlagen vorgelegt oder Nachweise für die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erbracht, wird die Berufsqualifikation erneut nachgeprüft.

(3) Wenn die zuständige Behörde die in den Absätzen 1 und 2 festgesetzten Fristen nicht einhält, darf die Dienstleistung erbracht werden.

(4) Ergibt die Nachprüfung, dass die berufliche Qualifikation der Dienstleistungserbringerin oder des Dienstleistungserbringers im Sinne von § 7 Abs. 2 ausreicht, ist eine Bescheinigung darüber zu erteilen. Die Bescheinigung kann auf einen wesentlichen Teil der Tätigkeiten beschränkt werden, die zu einem Handwerk der Nummern 12 oder 33 bis 37 der Anlage A zur Handwerksordnung gehören.

Abschnitt 3

Ordnungswidrigkeiten, Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 118 Abs. 1 Nr. 7 der Handwerksordnung handelt, wer entgegen § 8 Abs. 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig erstattet.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die EU/EWR-Handwerk-Verordnung vom 4. August 1966 (BGBl. I S. 469), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1314), außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 20. Dezember 2007

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Michael Glos

Vierte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung

Vom 20. Dezember 2007

Es verordnen

- das Bundesministerium für Gesundheit auf Grund des § 48 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Buchstabe a, Nr. 7 und Abs. 3 Satz 1 des Arzneimittelgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und nach Anhörung von Sachverständigen,
- das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf Grund des § 48 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Buchstabe a und c in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 des Arzneimittelgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und nach Anhörung von Sachverständigen:

Artikel 1

Die Arzneimittelverschreibungsverordnung vom 21. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3632), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 18. Juli 2007 (BGBl. I S. 1427), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 7 wird das Wort „Anforderung“ jeweils durch das Wort „Verschreibung“ und das Wort „Anforderungen“ durch das Wort „Verschreibungen“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 7 wird folgender Absatz 8 angefügt:
 „(8) Ist die Verschreibung für ein Krankenhaus bestimmt, kann sie auch ausschließlich mit Hilfe eines Telefaxgerätes übermittelt werden.“

2. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Folgende Positionen werden gestrichen:

- „**Biguanide**
— zur Diabetesbehandlung —“,
- „**Guanidine, einfach substituierte**
— zur Behandlung des Diabetes mellitus —“,
- „**Wachstumshormone**“.

b) Folgende Positionen werden in alphabetischer Reihenfolge eingefügt:

- „**Abatacept**“,
- „**Betain**“,
- „**Darunavir**“,
- „**Dirilotapid**
— zur Anwendung bei Tieren —“,

„**Fesoterodin**“,

„**Lenalidomid**“,

„**Mecasermin**“,

„**Melatonin**“,

„**Metformin**“,

„**Paliperidon**“,

„**Rufinamid**“,

„**Sitagliptin**“,

„**Somatropin**“,

„**Telbivudin**“,

„Zubereitung aus
Florfenicol
und
Flunixin

— zur Anwendung bei Tieren —“.

c) In der Position

„**Phenylpropanolamin**

— zur Behandlung des ernährungsbedingten Übergewichts —

— zur Anwendung bei Hunden —“

wird das Wort „Hunden“ durch das Wort „Tieren“ ersetzt.

d) In den Positionen

„**Aglepriston** — zur Anwendung bei Hunden —“,
 „**Altrenogest** — zur Anwendung bei Pferden —“,
 „**Closantel** — zur Anwendung bei Rindern und Schafen —“, „**Enterococcus faecium** — zur Anwendung beim Kalb —“, „**Escherichia coli, lebend** — zur oralen Anwendung beim Kalb —“,
 „**Firocoxib** — zur Anwendung bei Hunden —“,
 „**Halofuginon** — zur Anwendung beim Rind —“,
 „**Hemoglobinglutamer** — zur Anwendung beim Hund —“, „**Insulin(vom Schwein)-Zink-Injektionssuspension, kristallin** — zur Anwendung bei Hunden —“, „**Lecirelin** — zur Anwendung bei Rindern und Kaninchen —“, „**Nimesulid** — zur Anwendung beim Hund —“, „**Nitenpyram** — zur Anwendung beim Hund und bei der Katze —“,
 „**Pentosanpolysulfat** — zur Anwendung beim Hund —“, „**Pimobendan** — zur Anwendung beim Hund —“, „**Pirlimycin** — zur Anwendung beim Rind —“, „**Resocortol** und seine Ester — zur Anwendung beim Hund —“, „**Tepoxalin** — zur Anwendung beim Hund —“, „**Tolfenaminsäure** — zur Anwendung bei Hunden und Katzen —“, „**Tulathromycin** — zur Anwendung bei Rindern und

Schweinen —“ und „**Vedaprofen** — zur Anwendung bei Pferden und Hunden —“

wird jeweils der mit den Wörtern „— zur Anwendung“ beginnende Zusatz durch den Zusatz „— zur Anwendung bei Tieren —“ ersetzt.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Januar 2008 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 2 Buchstabe c und d tritt am 1. Juli 2009 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 20. Dezember 2007

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Horst Seehofer

**Verordnung
für ein Register über Einrichtungen,
die Blutstammzellzubereitungen herstellen und in den Verkehr bringen oder einführen
(Blutstammzeleinrichtungen-Registerverordnung – BERV)**

Vom 20. Dezember 2007

Auf Grund des § 9 Abs. 3 des Transfusionsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2007 (BGBl. I S. 2169) verordnet das Bundesministerium für Gesundheit:

§ 1

Art des Registers

Die für die medizinische Dokumentation und Information zuständige Bundesbehörde (Registerbehörde) errichtet und betreibt das Register nach § 9 Abs. 2 Satz 1 des Transfusionsgesetzes in Form einer Datenbank.

§ 2

Inhalt des Registers

In dem Register werden nur die folgenden Angaben gespeichert:

1. Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer und Adresse der elektronischen Post der Einrichtung, die die Erlaubnis im Sinne des § 9 Abs. 2 Satz 2 des Transfusionsgesetzes besitzt,
2. Art und Bezeichnung der hergestellten und in den Verkehr gebrachten oder eingeführten Blutstammzellzubereitungen gemäß der Herstellungs- oder Einfuhrerlaubnis,
3. Tätigkeiten der Einrichtung nach der Herstellungs- oder Einfuhrerlaubnis,
4. Datum der Erlaubniserteilung,
5. Nummer des Erlaubnisbescheids,
6. Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer und Adresse der elektronischen Post der meldenden zuständigen Behörde,
7. Name der meldenden Person der zuständigen Behörde.

§ 3

**Übermittlung der
Angaben an die Registerbehörde**

(1) Die zuständige Behörde hat die Angaben nach § 2 der Registerbehörde elektronisch oder schriftlich zu übermitteln. Für diesen Zweck bestimmt die Registerbehörde ein Formblatt und macht es im Bundesanzeiger bekannt.

(2) Die zuständigen Behörden der Länder sind für die Richtigkeit und Vollständigkeit der übermittelten Daten verantwortlich und haben jede Änderung der Daten unverzüglich der Registerbehörde zu übermitteln.

(3) Die Registerbehörde hat die Daten nach § 2 auf Richtigkeit und Vollständigkeit der Übertragung in das Register zu überprüfen und unrichtige Daten zu berichtigen.

§ 4

**Übermittlung der
Angaben durch die Registerbehörde**

(1) Die in dem Register nach § 2 Nr. 1 bis 3 gespeicherten Angaben müssen im Wege des automatisierten Abrufs über das Internet allgemein zugänglich sein. Die Angaben nach § 2 Nr. 4 bis 6 sind nur der Registerbehörde sowie den zuständigen Behörden des Bundes und der Länder zugänglich. Die Daten nach § 2 Nr. 7 sind nur der Registerbehörde zugänglich.

(2) Die Registerbehörde übermittelt die in dem Register gespeicherten Angaben an die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder sowie an die Europäische Kommission, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben und Pflichten nach innerstaatlichem Recht oder nach dem Recht der Europäischen Union erforderlich ist. Die Einrichtung eines automatisierten Verfahrens, das den in Satz 1 genannten Stellen einen automatisierten Abruf der Angaben ermöglicht, ist zulässig, soweit dies wegen der Häufigkeit oder der Eilbedürftigkeit der Übermittlungersuchen angemessen oder auf Grund EG-rechtlicher Bestimmungen erforderlich ist.

(3) Für die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder sowie für die Europäische Kommission ist die Nutzung des Registers entgeltfrei. Alle übrigen Nutzer des Registers zahlen ein Entgelt gemäß dem Entgeltkatalog der Registerbehörde.

§ 5

Datensicherheit

Die Registerbehörde hat dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Maßnahmen zur Datensicherheit zu treffen, die insbesondere die Unversehrtheit der im Register gespeicherten Angaben sowie der von der Registerbehörde übermittelten Angaben gewährleisten.

§ 6

Löschung der Angaben

Die Registerbehörde hat die im Register zu einer Einrichtung gespeicherten Angaben unverzüglich zu löschen, wenn die zuständige Behörde des Landes mitgeteilt hat, dass die Einrichtung die gemeldeten Tätigkeiten eingestellt hat.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 20. Dezember 2007

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt

**Sechzehnte Verordnung
zur Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung
(16. RSA-ÄndV)**

Vom 20. Dezember 2007

Auf Grund des § 266 Abs. 7 Satz 1 und des § 272 Abs. 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), von denen § 266 Abs. 7 Satz 1 zuletzt durch Artikel 256 Nr. 1 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2007 I S. 2149) geändert und § 272 Abs. 4 durch Artikel 1 Nr. 183 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Gesundheit:

Artikel 1

§ 34 der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung vom 3. Januar 1994 (BGBl. I S. 55), die zuletzt durch Artikel 5c des Gesetzes vom 19. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3024) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „2008“ durch die Angabe „2007“ ersetzt.

bb) Die Wörter „als Stichprobe“ werden gestrichen.

cc) Das Komma am Ende der Nummer 2 wird durch das Wort „und“ ersetzt.

dd) Das Komma am Ende der Nummer 3 wird durch einen Punkt ersetzt.

ee) Die Nummern 4 und 5 werden aufgehoben.

b) In Satz 2 werden die Wörter „und das Stichprobenverfahren der Angaben nach Satz 1“ gestrichen.

2. Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Zusätzlich zu den Angaben nach Absatz 1 erheben die Krankenkassen ab dem Berichtsjahr 2007 folgende Angaben nicht versichertenbezogen nach Ländern differenziert:

1. das in der Krankenversicherung beitragspflichtige Arbeitsentgelt auf der Grundlage der Meldungen nach § 28a Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe b und Nr. 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch,

2. Beiträge aus der Künstlersozialversicherung,

3. die von freiwilligen Mitgliedern gezahlten Beiträge sowie die von versicherungspflichtigen Mitgliedern nach § 5 Abs. 1 Nr. 13 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch selbst gezahlten Beiträge,

4. die für Bezieher von Arbeitslosengeld und Übergangsgeld nach den §§ 160 bis 162 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gezahlten Beiträge,

5. die für versicherungspflichtige Bezieher von Arbeitslosengeld II gezahlten Beiträge,

6. die von versicherungspflichtigen Studenten und Praktikanten gezahlten Beiträge,

7. die Beitragszahlungen aus der Rente und

8. die Beitragszahlungen aus Versorgungsbezügen durch die Zahlstellen.

§ 30 Abs. 4 Satz 1 gilt entsprechend. Zur Erhebung der Angaben nach Satz 1 erhalten die zuständigen Krankenkassen jährlich über ihre Spitzenverbände Meldungen

1. der Künstlersozialkasse über die Höhe der Beiträge ihrer Mitglieder summarisch, differenziert nach Ländern bis zum 15. August, erstmals bis zum 15. August 2008,

2. der Bundesagentur für Arbeit über die für die Bezieher von Arbeitslosengeld gezahlten Beiträge sowie die für eine pauschalierte Berücksichtigung der Beiträge aus Übergangsgeld nach den §§ 160 bis 162 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch erforderlichen Angaben länderbezogen bis zum 31. Juli, erstmals bis zum 15. August 2008,

3. der Rentenversicherungsträger über die für eine länderbezogene Ermittlung der Beiträge aus der Rente erforderlichen Angaben, die auch pauschaliert werden können, bis zum 31. Juli, erstmals bis zum 15. August 2008.

Bei geringfügigen Beschäftigungen meldet die nach § 28i Satz 5 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zuständige Stelle die Angaben zur Ermittlung der Beiträge zur Krankenversicherung länderbezogen jährlich bis zum 31. Juli, erstmals bis zum 15. August

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,65 € (5,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,25 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

2008 an das Bundesversicherungsamt. Das Nähere hierzu vereinbaren die nach § 28i Satz 5 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zuständige Stelle und das Bundesversicherungsamt. Die Spitzenverbände der Krankenkassen vereinbaren im Einvernehmen mit dem Bundesversicherungsamt in der Vereinbarung nach § 267 Abs. 7 Nr. 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch das Nähere über die pauschale Ermittlung der Angaben nach Satz 1 Nr. 5 und 8 sowie des Übergangsgelds nach Nr. 4. Das Nähere zu den Meldungen nach Satz 3 Nr. 1, 2 und 3 vereinbaren die Spitzenverbände der Krankenkassen mit den jeweiligen Trägern. Bei sonstigen Beitragszahlungen bestimmt das Bundesversicherungsamt nach Anhörung der Spitzenverbände der Krankenkassen einen Verteilungsschlüssel auf die Länder.“

3. Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Das wissenschaftliche Gutachten nach § 272 Abs. 4 Satz 2 und 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ist bis zum 31. März 2008 fertigzustellen. Gegenstand des Gutachtens ist es insbesondere, die Fragen zur Berechnung und Durchführung der Konvergenzregelung (§ 272 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) zu untersuchen, Verfahrensvorschläge zur Lösung von Umsetzungsfragen zu unterbreiten und die länderbezogenen Transferwirkungen zu quantifizieren.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 20. Dezember 2007

Die Bundesministerin für Gesundheit
Ulla Schmidt